

Schwengler, Barbara

Working Paper

Einfluss der europäischen Regionalpolitik auf die deutsche Regionalförderung

IAB-Discussion Paper, No. 18/2013

Provided in Cooperation with:

Institute for Employment Research (IAB)

Suggested Citation: Schwengler, Barbara (2013) : Einfluss der europäischen Regionalpolitik auf die deutsche Regionalförderung, IAB-Discussion Paper, No. 18/2013, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/103065>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Institut für Arbeitsmarkt-
und Berufsforschung

Die Forschungseinrichtung der
Bundesagentur für Arbeit

IAB

IAB-Discussion Paper

18/2013

Beiträge zum wissenschaftlichen Dialog aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Einfluss der europäischen Regionalpolitik auf die deutsche Regionalförderung

Barbara Schwengler

ISSN 2195-2663

Einfluss der europäischen Regionalpolitik auf die deutsche Regionalförderung

Barbara Schwengler (IAB)

Mit der Reihe „IAB-Discussion Paper“ will das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit den Dialog mit der externen Wissenschaft intensivieren. Durch die rasche Verbreitung von Forschungsergebnissen über das Internet soll noch vor Drucklegung Kritik angeregt und Qualität gesichert werden.

The “IAB-Discussion Paper” is published by the research institute of the German Federal Employment Agency in order to intensify the dialogue with the scientific community. The prompt publication of the latest research results via the internet intends to stimulate criticism and to ensure research quality at an early stage before printing.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
Abstract	5
1 Einleitung.....	6
2 Europäische Regionalpolitik	8
3 Europäische Regionalförderung	9
4 Nationale Regionalförderung.....	14
5 Abgrenzung der deutschen Regionalfördergebiete	21
6 Fazit und Ausblick.....	29
Literaturverzeichnis	33

Zusammenfassung

Im vorliegenden Papier wird der Einfluss der europäischen Regionalpolitik auf die deutsche Regionalförderung von den Anfängen bis zur Gegenwart untersucht. Dafür werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Entwicklung der europäischen und nationalen Regionalförderung eingehend erläutert. Es wird gezeigt, dass im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union und der gestiegenen regionalen Disparitäten zwischen den Ländern nicht nur die Regelungen und Vorgaben für die Abgrenzung europäischer Fördergebiete geändert und angepasst wurden, sondern die Europäische Kommission mit ihrer Beihilfekontrolle auch den Handlungsspielraum der nationalen Regionalpolitiken immer mehr eingeengt hat. Konnten die Mitgliedsländer anfangs noch den Umfang ihrer nationalen Fördergebiete selbst bestimmen, so wurden Anfang der 1980er Jahre Schwellenwerte für die Einstufung als nationales Fördergebiet eingeführt. Ab 1988 orientierte sich die Abgrenzung von nationalen Höchstfördergebieten dann am Gemeinschaftsdurchschnitt des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner. Ende der 1990er Jahre gewährte die Europäische Kommission den Mitgliedsländern dann zwar gewisse Freiräume bei der Auswahl ihrer nationalen Fördergebiete, sie schränkte aber gleichzeitig den Umfang der nationalen Fördergebiete durch die Einführung von national unterschiedlichen Fördergebietsbevölkerungshöchstgrenzen ein. Mit der Erweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004 sank der europäische Durchschnittswert für das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner und damit auch der Umfang der nationalen Fördergebiete, insbesondere der früheren Mitgliedsländer. Welche Auswirkungen die Erweiterungen der Europäischen Union und die veränderten Voraussetzungen für Fördergebiete auf den Umfang des deutschen Fördergebietes hatten, zu welchen Konflikten dies zwischen Deutschland und der Europäischen Kommission führte, zeigt der folgende Artikel auf. Abschließend werden die Änderungen in der kommenden Förderperiode von 2014 bis 2020 diskutiert.

Schlüsselwörter:

Europäische Regionalpolitik, nationale Regionalpolitik, Fördergebiete, staatliche Beihilfe

Abstract

This paper discusses the impact of European Regional Policy on German Regional State Aid from past until today and considers differences and similarities in the development of European and National Regional State Aid. It is shown how rules and guidelines were adapted to the enlargement of the European Union and the increasing regional disparities and how the European Commission has restricted the scope of national regional policy for State Aid step by step. At the beginning Member States were able to determine the scope of their assisted areas but in the early 1980s the European Commission restricted this by introducing thresholds for claiming regions as national assisted areas. Since 1988 the European Union average of gross domestic product per inhabitant determined the scope of the assisted areas. At the end of the 1990s the European Commission allowed more flexibility for claiming assisted areas by the Member States but restricted the population coverage eligible for regional State Aid by establishing national population ceilings. After the enlargement of the European Union in 2004 the gross domestic product per inhabitant and the scope of national population ceilings declined, especially for older Member States. This paper shows the effects of the enlargement of the European Union and the changing requirements for assisted areas and how they influenced the scope of German National Regional State Aid. As a result many conflicts between Germany and the European Commission occurred which are also described in this article. Finally, the changes for the next period 2014-2020 will be discussed.

JEL Klassifikation:

R58, L50, H1

Keywords:

European Regional Policy, National Regional Policy, assisted areas, State Aid

1 Einleitung

Der Einflussbereich der europäischen Regionalpolitik hat sich seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahr 1951 von sechs Ländern auf mittlerweile insgesamt 27 Mitgliedsstaaten deutlich ausgeweitet. Durch die Einbeziehung von wirtschaftlich schwächeren Ländern hat sich das regionale Gefälle zwischen den Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union (EU) erhöht, was dazu führte, dass immer mehr Mittel von reichen zu armen Ländern umverteilt wurden. Dies ist letztlich auch die Intention der Regionalpolitik, denn sie greift dann in das Wirtschaftsgeschehen ein, wenn Ungleichgewichte am Markt bestehen und versucht, diese auszugleichen und die regionalen Disparitäten durch die gezielte Förderung von strukturschwachen Regionen durch die Gewährung von staatlichen Subventionen zu verringern bzw. abzubauen. Diese Subventionen werden als Infrastrukturmaßnahmen oder als Investitionszuschüsse an Unternehmen gewährt, um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern sowie das regionale Einkommen in diesen Regionen zu erhöhen und damit auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum zu stärken.

Der Eingriff in das Marktgeschehen durch die Regionalpolitik wird mit dem Abweichen des tatsächlichen Marktgeschehens von den gesellschaftlichen Leitbildern begründet, die auf zwei zentralen Zielen basieren: dem Wachstums- und dem Ausgleichsziel. Das Ziel der wachstumsorientierten Regionalpolitik ist, Investitionen in die Regionen zu lenken, wo die höchsten Erträge erwartet werden. Die Förderung der wirtschaftlich stärkeren Agglomerationen soll gemäß der Wachstumspoltheorie auf das Hinterland ausstrahlen und damit auch periphere und eher wirtschaftlich schwächere Regionen stimulieren, so dass in der Folge das gesamtwirtschaftliche Wachstum erhöht wird. Die ausgleichsorientierte Regionalpolitik leitet sich andererseits aus den in Artikel 72 des Grundgesetzes verankerten gleichwertigen Lebensverhältnissen und dem Streben nach gleichen Einkommenschancen in allen Regionen ab. Demzufolge versucht die Regionalpolitik mit diesem Ansatz, die Erwerbs- und Einkommensmöglichkeiten sowie die Lebensbedingungen auszugleichen und eine angemessene Lebensqualität in allen Teilräumen eines Staates zu schaffen. Dazu soll die Nachfrage in strukturschwachen Regionen durch die Gewährung von Subventionen erhöht werden. Als Maßzahlen für die Bedürftigkeit werden das Pro-Kopf-Einkommen oder die Arbeitslosigkeit herangezogen, die auch als Basis für die Festlegung von Fördergebieten auf deutscher und europäischer Ebene dienen.

Der Erfolg und die Wirkungen der Regionalförderung auf europäischer und nationaler Ebene wurden in zahlreichen Studien untersucht und werden, wie auch die Begründungen für regionalpolitische Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen, recht kontrovers diskutiert (Lammers/Stiller 2000; Berthold/Neumann 2005; Pflüger/Südekum 2005; Weise 2005; Karl 2006; Paas/Schlitte 2006; Bradley/Untiedt 2007). Des Weiteren gibt es auch von der Europäischen Kommission zahlreiche empirische Evalua-

tionsstudien zu den einzelnen Förderprogrammen¹. Die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungen sind dabei nicht einheitlich. Während die makroökonomischen Modelle von Bradley und Untiedt (2007) durchweg positive Wirkungen der Regionalpolitik auf Wachstum und Beschäftigung feststellen, deuten Schätzungen mit Wachstumsregressionen nur auf einen eher geringen Einfluss der Regionalpolitik auf das regionale Wachstum hin (Lammers 2007: 295). Zwar gab es seit Mitte der 1990er Jahre eine Konvergenz zwischen den Ländern und auch die Wachstumsraten der neuen Mitgliedsländer nach der EU-Osterweiterung lagen deutlich über dem EU-Durchschnitt der 15 früheren Mitgliedsländer (Lammers 2007: 292). Jedoch sind gleichzeitig die regionalen Disparitäten – insbesondere in den neuen Mitgliedsländern – gestiegen, da das stärkste Wachstum in Agglomerationen stattgefunden hat. Dennoch könnten nach Ansicht von Lammers (2007: 297) mittelfristig auch ärmere Regionen von der Förderung von Wachstumsregionen profitieren. Südekum (2002: 136) bezweifelt hingegen die Wirksamkeit der europäischen Regionalpolitik, da die geringe Konvergenz auf europäischer Ebene mit einer gestiegenen Divergenz auf regionaler Ebene einhergegangen ist und sich die schwächsten Regionen eher vom europäischen Durchschnitt entfernt haben.

Um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, sind Eingriffe in das Marktgeschehen prinzipiell durch die bereits 1957 in den Römischen Verträgen verankerte Beihilfekontrolle in Artikel 92 EWG-Vertrag² untersagt. Dieser Artikel sieht jedoch unter Absatz 3 a und c bestimmte Ausnahmen für Regionen vor, die außergewöhnlich benachteiligt sind. Damit es in der Europäischen Union jedoch nicht zu einer unkontrollierten Regionalförderung oder zu einem Förderwettbewerb zwischen Regionen oder Ländern kommt, unterliegen alle europäischen und nationalen Subventionsvorhaben der Beihilfekontrolle, d.h. sie müssen der Europäischen Kommission vorgelegt und von ihr genehmigt werden. Die Europäische Kommission koordiniert so die Verteilung der europäischen und nationalen Mittel in die bedürftigsten Regionen. Mit der Einbeziehung von strukturschwachen Ländern hat jede Erweiterung der Europäischen Union jedoch auch dazu geführt, dass der Einfluss der Europäischen Kommission auf die nationale Regionalförderung im Laufe der Zeit immer mehr zugenommen hat. Wie sich die Entwicklung der europäischen und nationalen Regionalpolitik auf die deutsche Regionalförderung bis in die jüngste Vergangenheit ausgewirkt und diese beeinflusst hat, soll der Beitrag zeigen.

Der nachfolgende Artikel ist wie folgt aufgebaut: Im nächsten Kapitel wird kurz auf die europäische Regionalpolitik im Allgemeinen eingegangen, bevor im Kapitel 3

¹ Zu den einzelnen Evaluationsstudien sei auf folgende Seite der Europäischen Kommission (2013b) verwiesen:

http://ec.europa.eu/regional_policy/information/evaluations/index_en.cfm

(Abruf: 29.04.2013).

² Dieser Artikel wurde später mit dem Vertrag von Amsterdam von 1997 (Europäische Kommission 1997b) in Artikel 87 EG-Vertrag und mit der konsolidierten Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union von 2008 (Europäische Kommission 2008) in Artikel 107 AEU-Vertrag unnummeriert.

ausführlich die Entwicklung und die Ziele der europäischen Regionalförderung von ihren Anfängen nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart beschrieben und die Änderungen für die kommende Förderperiode ab dem Jahr 2014 aufgezeigt werden. Das Kapitel 4 widmet sich anschließend den zahlreichen Veränderungen und Anpassungen für die Einstufung als nationales Fördergebiet, die die Europäische Kommission im Laufe der Zeit aufgrund veränderter Rahmenbedingungen und der Erweiterung des Beitrittsgebiets vorgenommen hat. Auch in diesem Kapitel werden die von der Europäischen Kommission verabschiedeten Änderungen und Einschränkungen für nationale Fördergebiete für die neue Förderperiode ab dem Jahr 2014 aufgeführt und ausführlich diskutiert. Wie sich die vergangenen und die zukünftigen veränderten Voraussetzungen auf das deutsche Regionalfördergebiet ausgewirkt haben bzw. auswirken werden und zu welchen Konflikten dies zwischen der Europäischen Kommission und Deutschland geführt hat, zeigt das Kapitel 5 auf. Der Beitrag endet mit einem Fazit und Ausblick in Kapitel 6.

2 Europäische Regionalpolitik

Die Regionalpolitik in der Europäischen Union hat das Ziel, wirtschaftsschwache Mitgliedsstaaten mit den Beiträgen aller Mitgliedsstaaten zu unterstützen, d.h. sie basiert auf finanzieller Solidarität. Die europäische Regionalpolitik ist weiter gefasst als die nationale Regionalpolitik, denn sie verteilt nicht nur Beiträge an benachteiligte Regionen, sondern auch an soziale Gruppen. So umfasst die europäische Strukturpolitik beispielsweise auch Instrumente der Arbeitsmarkt-, Qualifizierungs-, Infrastruktur-, Technologie- und Umweltpolitik. Gemäß Artikel 5 EG-Vertrag unterliegt sie aber dem **Subsidiaritätsprinzip**, d.h. Regionalpolitik ist in erster Linie die Aufgabe der Mitgliedsstaaten und daher auf möglichst niedriger Ebene angesiedelt. Die europäischen Fördermittel sollen nach dem Prinzip der **Additionalität** nur in Ergänzung zu nationalen Mitteln bereitgestellt werden und sind auf maximal 75% der gesamten Investitionssumme begrenzt. Dies kann gerade dann notwendig werden, wenn Mitgliedsstaaten besonders gravierende regionale Strukturprobleme nicht aus eigener Kraft lösen können und auf diese finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Mit der Kofinanzierung sollen Entwicklungsrückstände in den am stärksten benachteiligten Regionen verringert und Standortnachteile abgebaut werden, damit diese Regionen wieder Anschluss an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung erhalten und im Wettbewerb bestehen können. Die europäische Regionalpolitik verfügt dabei über verschiedene Finanzierungsinstrumente, wie z.B. die Europäischen Strukturfonds und den Kohäsionsfonds.

Die **Strukturfonds** unterstützen nationale Förderungen, indem sie finanzielle Hilfen zur Beseitigung der strukturellen wirtschaftlichen und sozialen Probleme für mehrjährige regionale Entwicklungsprogramme gewähren. Mit dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) sollen die Ungleichheiten zwischen den Regionen verringert werden, um die wirtschaftliche und soziale Kohäsion in der Europäischen Union zu stärken. Der „Europäische Sozialfonds“ (ESF) unterstützt die Beschäftigungssituation in den Mitgliedsländern, indem Bildungs-, Ausbildungs- und

Beschäftigungsmaßnahmen zur beruflichen Eingliederung von Arbeitslosen und benachteiligten Gruppen gefördert werden. Ergänzend wurde 1994 der **Kohäsionsfonds** geschaffen, um Umwelt- und Verkehrsinfrastrukturprojekte zunächst in den Ländern Spanien, Griechenland, Irland und Portugal zu finanzieren. Er bezieht sich im Gegensatz zu den Strukturfonds nicht auf Regionen, sondern auf Länder. In der aktuellen Förderperiode sind 14 Mitgliedsstaaten³ durch den Kohäsionsfonds förderfähig, deren Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner unter 90% des EU-Durchschnitts liegt.

Nach dem **Kohärenzprinzip** sollen europäische Fördergebiete zugleich auch nationale Regionalfördergebiete sein. Für die Abgrenzung der europäischen Fördergebiete war die Einstufung als nationales Fördergebiet in den Anfangsjahren auch eine Voraussetzung. Im Laufe der Zeit wurde von diesem Prinzip jedoch immer weiter abgewichen, wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird. Daher stimmen in Deutschland heute die nationalen Fördergebiete auch nur noch zum Teil mit den europäischen Fördergebieten überein. Es gibt somit neben den national definierten Fördergebieten auch von der EU ausgewiesene Fördergebiete.

3 Europäische Regionalförderung

In den Anfangsjahren nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) der sechs Länder Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und der Niederlande im Jahr **1951** waren regionalwirtschaftliche Probleme eher nationale Probleme, so dass die Regionalförderung in diesen Ländern durch die Mitgliedsstaaten selbst erfolgte, indem sie nationale Mittel zum Abbau regionaler Disparitäten innerhalb eines Landes einsetzen konnten. Mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahr **1957** wurde dann in der Präambel der „Römischen Verträge“ erstmals festgeschrieben, die regionalen Disparitäten zwischen den Gebieten sowie den Rückstand in strukturschwachen Gebieten zu verringern und die regional unterschiedlichen Lebensverhältnisse einander anzunähern.

1975-1985

Nach der ersten Erweiterung der EWG und dem Beitritt der Länder Dänemark, Irland und Großbritannien im Jahr **1973** entstand dann die Notwendigkeit, regionale Ungleichgewichte auch zwischen den europäischen Mitgliedsländern auszugleichen. Um Beiträge in benachteiligte Regionen umzuverteilen, wurde **1975** mit dem Beschluss zur Koordinierung der nationalen Regionalpolitiken und der Schaffung des EFRE die EG-Regionalpolitik ins Leben gerufen (Europäische Kommission 1975). Als europäische Fördergebiete wurden Regionen eingestuft, die entweder

³ Zu den 14 Mitgliedsstaaten zählen Bulgarien, Rumänien, Zypern, Estland, Griechenland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Portugal, die Tschechische Republik, die Slowakei und Slowenien. Darüber hinaus erhält auch Spanien Mittel aus dem Kohäsionsfonds, jedoch übergangsweise, da das BIP pro Einwohner in Spanien das 90%-Kriterium nur bezogen auf die ehemaligen 15 Mitgliedsstaaten erfüllt.

überwiegend landwirtschaftlich geprägt waren, dem industriellen Wandel unterlagen oder von struktureller Unterbeschäftigung betroffen waren. Grundvoraussetzung für die Förderfähigkeit war für alle Regionen, dass ihr BIP pro Einwohner unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegen musste und sie nationales Fördergebiet waren (Müller 1978: 753). Die Mittelzuteilung für die Mitgliedsländer erfolgte über feste Quoten⁴ (Europäische Kommission 1975). Da nur die so ermittelten europäischen Fördergebiete auch EFRE-Mittel erhielten, die gleichzeitig nationale Fördergebiete waren, konnte es vorkommen, dass in „reichen“ Ländern vermeintlich „reiche“ Regionen, die mit nationalen Mitteln gefördert wurden, auch EFRE-Mittel bekommen konnten, wohingegen in „ärmeren“ Ländern national nicht geförderte Regionen diese Möglichkeit nicht hatten (Krieger-Boden 1987: 89). Aus diesem Grund wurde **1979** der Regionalfonds umgestaltet und eine „quotenfreie“ Abteilung geschaffen, die es zuließ, dass 5% der Fondsmittel auch in Gebiete fließen konnten, die nicht nationale Fördergebiete waren. Dies räumte der Europäischen Kommission Spielräume ein, Regionen nach ihren eigenen Kriterien zu fördern und andere Politikbereiche auf der regionalen Ebene zu ergänzen (Europäische Kommission 1979). Zudem führte die Europäische Kommission eine periodische Berichterstattung über die soziale und wirtschaftliche Lage in den Regionen der Gemeinschaft sowie Informationspflichten für die Mitgliedsländer ein, um ein Bild über die regionalen Problemlagen zu erhalten (Klemmer 1986: 110).

Nach dem Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft 1981 folgte 1984 eine weitere Änderung der Verordnung über den EFRE (Europäische Kommission 1984). Diese sah vor, dass ab dem Jahr **1985** die Einstufung als nationales Fördergebiet nicht mehr Voraussetzung für europäische Fördergebiete war. Die EFRE-Mittel wurden folglich nicht mehr in Ergänzung zu den nationalen Mitteln vergeben, sondern zu einer eigenen europäischen Regionalförderung, deren Umfang – nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zu den nationalen Mitteln – in jedem Land unterschiedlich hoch ausfiel (Krieger-Boden 1987: 91). Die Auswahl als europäisches Fördergebiet erfolgte wieder anhand von Gemeinschaftskriterien. Die EFRE-Mittel wurden jedoch nicht mehr über die jährlich zwischen den Mitgliedsländern ausgehandelten festen Länderquoten verteilt, sondern über Beteiligungsspannen mit Ober- und Untergrenzen⁵, wobei jedes Land Anspruch auf Mittel in Höhe der Untergrenze hatte (Europäische Kommission 1984: 3). Die restlichen 11% der Mittel verteilte die Europäische Kommission bis zur jeweils maximalen Obergrenze des Landes.

1986-1999

Nach dem Beitritt der Länder Spanien und Portugal **1986** unterzeichneten alle Mitgliedsländer die „Einheitliche Europäische Akte“ (EEA), die zum 1. Juli 1987 in Kraft

⁴ Die Quoten für die Verteilung der EFRE-Mittel sind für die einzelnen Länder in Tabelle 1 aufgeführt.

⁵ Diese sind ebenfalls in Tabelle 1 enthalten.

trat. Diese enthielt erste weitreichende Änderungen und Ergänzungen des EWG-Gründungsvertrags. Zum einen wurde in ihr der EFRE aufgenommen und somit die Regionalpolitik intensiviert und erstmals als eigenständiger Politikbereich in der Europäischen Gemeinschaft vertraglich verankert. Zum anderen wurde das regionalpolitische Instrumentarium ausgebaut und die Mitgliedsstaaten zu einer koordinierten Wirtschaftspolitik verpflichtet (Holtzmann 1997: 91, 94).

In der Rahmenverordnung (Europäische Kommission 1988b) sowie der Regionalfondsverordnung (Europäische Kommission 1988c) legte die Europäische Kommission dann Kriterien für die Förderfähigkeit der Regionen mit Mitteln der Strukturfonds für die Einstufung als europäisches Fördergebiet ab **1989** in fünf Zielen sowie die dafür geltenden Voraussetzungen und Mittelzuordnungen fest.

Mit EFRE-Mitteln konnten Regionen mit einem erheblichen wirtschaftlichen Entwicklungsrückstand auf NUTS 2-Ebene⁶ gefördert werden, wenn ihr BIP pro Einwohner im Dreijahresdurchschnitt unter 75% des Gemeinschaftsdurchschnitts lag (**Ziel 1**). Auch Regionen auf NUTS 3-Ebene mit einer erheblich industriell rückläufigen Entwicklung (**Ziel 2**) und ländliche Regionen (**Ziel 5b**) wurden gefördert (Europäische Kommission 1988b). Für die Ziel 2-Regionen galt dies, wenn die Arbeitslosenquote im dreijährigen Durchschnitt über dem Gemeinschaftsdurchschnitt lag, der Anteil der Beschäftigten in der Industrie an allen Erwerbstätigen dem Gemeinschaftsdurchschnitt entsprach oder diesen überschritt und die Zahl der Industriebeschäftigten erheblich gesunken war (Europäische Kommission 1988b: Artikel 9). Bei der Auswahl der **Ziel 5b-Gebiete** waren die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen, der wirtschaftliche und landwirtschaftliche Entwicklungsgrad sowie die Randlage und Anpassungsfähigkeit ausschlaggebend (Europäische Kommission 1988b: Artikel 11).

Mit den Zielen 3 und 4, die sich auf horizontale Schwerpunkte bezogen, sollte die Langzeitarbeitslosigkeit bekämpft (**Ziel 3**) und Jugendlichen die Eingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtert werden (**Ziel 4**). Das **Ziel 5a** bezog sich dagegen auf die beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen (Europäische Kommission 1988b).

Dieselben Förderziele und Fördervoraussetzungen galten auch in der folgenden **Förderperiode von 1994 bis 1999**. Zu den fünf Zielen kam nach dem Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden im Jahr 1995 noch das **Ziel 6** hinzu, das sich an Regionen mit extrem niedriger Bevölkerungsdichte richtete (Europäische Kommission 1995a: 11). Bis zum Ende der Förderperiode hatte sich damit die 1993 gegründete Europäische Union auf insgesamt 15 Mitgliedsländer erweitert.

⁶ Die NUTS-Klassifikation (Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik) ist ein hierarchisches System zur Untergliederung des EU-Wirtschaftsraums. NUTS = Nomenclature of territorial units for statistics.

2000-2006

Mit der „**Agenda 2000**“ folgten die Reform der Strukturfonds und die Reduzierung auf nur noch **drei Ziele**. Unter das Ziel 1 fielen die früheren Ziele 1 und 6, das Ziel 2 beinhaltete die früheren Ziele 2 und 5b und das Ziel 3 enthielt die früheren Ziele 3 und 4. Durch den EFRE förderfähig waren nur die Ziele 1 und 2 (Europäische Kommission 1999b).

Ursprünglich war von der Europäischen Kommission geplant, dass die Ziel 2-Fördergebiete auch nationale Fördergebiete sein müssen. Damit wäre zum einen die Subsidiarität der Nationalstaaten aufgehoben worden und die Europäische Kommission hätte die nationalen Fördergebiete festgelegt. Zum anderen hätte dies eine Verdrängung förderbedürftiger nationaler Fördergebiete zugunsten von den durch die EU festgelegten Fördergebieten zur Folge gehabt (Tetsch 1999: 376). Diese geplanten Einschränkungen für die nationalen Fördergebiete stießen bei vielen Mitgliedsländern auf Widerspruch und wurden auch in Deutschland von verschiedenen Gremien sehr intensiv diskutiert (Bundesrat 1998; Deutscher Bundestag 1999: 207f. (Anlage 16)). Nach Intervention der Mitgliedsländer wurden in der „Agenda 2000“ die ursprünglichen Vorschläge der Europäischen Kommission abgeschwächt, so dass es in der letztlich verabschiedeten Fassung nun nicht mehr zwingend erforderlich war, dass die nationalen mit den europäischen Fördergebieten übereinstimmen mussten, sondern dies sollte lediglich bis zum Ende der Förderperiode angestrebt werden. Des Weiteren wurden die Auswahlkriterien für die Einstufung als Ziel 2-Gebiet abgeschwächt (Europäische Kommission 1999b: 3 (Nr. 16)).

Ab dem Jahr **2000** galten Regionen mit einem BIP pro Einwohner unter 75% des Gemeinschaftsdurchschnitts weiterhin als *Ziel 1-Fördergebiet*. Hinzu kamen Regionen in extremer Randlage sowie dünn besiedelte Gebiete in Finnland, Schweden und Österreich, die in der vorangegangenen Förderperiode noch unter das Ziel 6 gefallen waren (Europäische Kommission 1999b: Artikel 3). Nach der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 um zehn weitere auf nunmehr 25 Mitgliedsländer⁷ gab es eine Übergangsregelung bis Ende 2005 für ehemalige Ziel 1-Gebiete, die aufgrund des gesunkenen Gemeinschaftsdurchschnitts nun nicht mehr die 75%-Schwelle des BIP pro Einwohner unterschritten (Europäische Kommission 1999b: Artikel 6). Unter dem **Ziel 2** waren Gebiete auf NUTS 3-Ebene mit Strukturproblemen aus dem EFRE förderfähig. Hierzu zählten Gebiete mit einer überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote, einem hohen Anteil an Industriebeschäftigten, ländliche Regionen mit einem erheblichen Bevölkerungsrückgang sowie städtische Problemgebiete und Krisengebiete der Fischerei (Europäische Kommission 1999b: Artikel 4, Absatz 1, Satz 2).

⁷ Die zehn Beitrittsländer der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 waren Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Litauen, Lettland, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und die Slowakei.

2007-2013

Die Förderperiode ab dem Jahr **2007** führte zu einer Neuausrichtung der drei Ziele. Das neue **Ziel „Konvergenz“** entsprach dem Ziel 1 der vorangegangenen Jahre. Als Voraussetzung für die Förderung von Regionen unter diesem Ziel wurde wieder ein BIP pro Einwohner für Gebiete auf NUTS 2-Ebene zugrunde gelegt, das im Dreijahresdurchschnitt unter 75% des Durchschnitts aller 25 EU-Mitgliedsstaaten liegen musste (Europäische Kommission 2006b: Artikel 5 Absatz 1). Für Regionen, deren BIP pro Einwohner aufgrund des gesunkenen Gemeinschaftsdurchschnitts in Folge der EU-Erweiterung von 15 auf 25 Mitgliedsstaaten nun nicht mehr unter der 75%-Schwelle lag, aber diesen Schwellenwert unterschritten hätten, wenn nur die 15 ehemaligen Mitgliedsstaaten zugrunde gelegt worden wären, galt eine Übergangsregelung bis Ende 2010. Diese „Phasing-out“-Regionen konnten bis zu diesem Zeitpunkt auch mit Mitteln aus dem Ziel „Konvergenz“ unterstützt werden (Europäische Kommission 2006b: Artikel 8 Absatz 1; Europäische Kommission 2006a: 16 (Nr. 3.3)).

Alle übrigen Regionen, deren BIP pro Einwohner über der 75%-Grenze des EU-25-Durchschnitts lag, und die nicht vom statistischen Effekt betroffenen waren, fielen unter das **Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“** und konnten unter diesem Ziel gefördert werden. Die Auswahl der förderbedürftigen Gebiete – entweder auf NUTS 1- oder NUTS 2-Ebene – musste jeder Mitgliedsstaat selbst treffen und diese der Europäischen Kommission mit dem nationalen strategischen Rahmenplan vorlegen (Europäische Kommission 2006b: Artikel 6 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 27). Für diese Regionen galt ebenfalls eine Übergangsunterstützung, nun jedoch unter einem anderen Ziel (Europäische Kommission 2006b: Artikel 8 Absatz 2 Satz 1).

Das **Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“** wies Grenzregionen auf NUTS 3-Ebene als EU-Fördergebiete aus, die sich entweder an den Innen- oder Außengrenzen der Länder oder an Seegrenzen innerhalb der Gemeinschaft befinden, um grenzüberschreitende Programme, transnationale Zusammenarbeit und interregionale EU-weite Zusammenarbeit zu unterstützen (Europäische Kommission 2006b: Artikel 7 Absatz 1).

2014-2020

In der Förderperiode **2014 bis 2020** sollen die Ziele der Strategie „Europa 2020“ verwirklicht werden. Hierzu zählen intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, Ergebnisorientierung und optimale Wirkung der EU-Fördermittel. Die Strategie „Europa 2020“ basiert auf fünf EU-Kernzielen⁸, die anhand von acht Leitindikatoren gemessen werden. Diese Leitindikatoren wurden für die einzelnen Mit-

⁸ Die Ziele der Strategie „Europa 2020“ hat die Europäische Kommission (2013a) auf folgender Seite veröffentlicht:
http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/targets/index_de.htm
(Abruf: 11.04.2013)

gliedsländer entsprechend ihrer unterschiedlichen Situationen und Gegebenheiten als nationale Ziele definiert. Im **Ziel 1** wurde die „**Beschäftigung**“ von 75% aller 20- bis 64-Jährigen festgelegt. Das **Ziel 2** bezieht sich auf den Bereich der „**Forschung und Entwicklung und Innovationen**“ und sieht vor, dass 3% des BIP der Europäischen Union für Forschung und Entwicklung und Innovation aufgewendet werden. Im Rahmen des **Ziels 3 „Klimawandel und Energie“** sollen die Treibhausgasemissionen um 20% gegenüber 1990 verringert, der Anteil der erneuerbaren Energien auf 20% erhöht und die Energieeffizienz um 20% gesteigert werden. Des Weiteren ist im **Ziel 4 „Bildung“** beabsichtigt, die Schulabbrecherquote auf unter 10% zu senken und den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40% zu steigern. Das **Ziel 5 „Armut und soziale Ausgrenzung“** sieht vor, die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen um mindestens 20 Millionen zu senken.

Die EFRE-Mittel sollen auf Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Innovation und Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) konzentriert werden. Die verfolgten Ziele sind „**Investitionen in Wachstum und Beschäftigung**“ und „**Europäische territoriale Zusammenarbeit**“. Mit Mitteln aus dem Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ können Regionen auf NUTS 2-Ebene in drei Kategorien gefördert werden: Weniger entwickelte Regionen, in denen das BIP pro Einwohner unter 75% des Durchschnitts der 27 Mitgliedsländer liegt, Übergangsregionen, mit einem BIP pro Einwohner zwischen 75% und 90% und stärker entwickelte Regionen mit einem BIP pro Einwohner über 90% des EU-27-Durchschnitts (Europäische Kommission 2012b: 91f.).

4 Nationale Regionalförderung

Die Regionalförderung in den einzelnen Mitgliedsländern unterliegt seit 1957 den strengen Vorgaben der **Beihilfekontrolle**, die für alle EU-Länder gelten. Diese besagt, dass Beihilfen generell verboten, d.h. mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar sind, wenn sie bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige begünstigen, den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen und damit den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten beeinträchtigen (Artikel 107 Absatz 1 AEU-Vertrag⁹). Damit soll verhindert werden, dass wettbewerbs- und handelsbeeinträchtigende Wirkungen durch die Förderung einzelner Regionen innerhalb des europäischen Binnenmarkts entstehen. Die Absätze 2 und 3 des Artikels 107 AEU-Vertrag sehen Ausnahmen für bestimmte Beihilfen in solchen Regionen vor, die entweder im europäischen oder im nationalen Vergleich unter bestimmte von der EU vorgegebene Schwellenwerte fallen und damit als strukturschwach gelten. „**A-Fördergebieten**“

⁹ Nummerierung nach der konsolidierten Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU-Vertrag) von 2008 (Europäische Kommission 2008), davor Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag (Nummerierung der Artikel ab dem Vertrag von Amsterdam von 1997) (Europäische Kommission 1997b), davor Artikel 92 Absatz 1 EWG-Vertrag (Nummerierung der Artikel nach den Römischen Verträgen von 1957).

können nach **Artikel 107 Absatz 3a AEU-Vertrag**¹⁰ Beihilfen dann gewährt werden, wenn ihre wirtschaftliche Entwicklung im europäischen Vergleich als außergewöhnlich niedrig angesehen werden kann oder sie durch eine erhebliche Unterbeschäftigung geprägt sind. Nach **Artikel 107 Absatz 3c AEU-Vertrag**¹¹ ist zudem die Förderung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete in den „**C-Fördergebieten**“ zulässig. Innerhalb dieses Rahmens ist es für die Mitgliedsländer möglich, ihre Fördergebiete nach selbst gewählten quantitativen Indikatoren abzugrenzen und unter bestimmten Voraussetzungen finanziell zu fördern.

1971-1987

Für die Abgrenzung von nationalen Fördergebieten beschloss die Europäische Gemeinschaft bereits **1971** die Koordinierungsgrundsätze für „Allgemeine Beihilferegelungen mit regionaler Zielsetzung“ (Europäische Kommission 1971). Danach mussten ab 1972 die nationalen Fördergebiete nach einem transparenten Verfahren regional abgegrenzt und ausgewählt werden, die Beihilfen transparent sein und die Förderbedürftigkeit abgestuft festgelegt werden (Krieger-Boden 1987: 84; Nägele 1996: 30). Zudem galten ab diesem Zeitpunkt Höchstgrenzen für Beihilfen¹².

Den Umfang der nationalen Fördergebiete konnten die Mitgliedsstaaten anfangs noch selbst bestimmen, bis die Europäische Kommission Anfang der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts mit einer internen Methode Voraussetzungen und Schwellenwerte¹³ für die Einstufung als nationales Fördergebiet einführt (Klemmer 1986: 113ff.; Stahl 1986: 798ff.; Krieger-Boden 1987: 84f.).

1988-1999

Im Jahr **1988** legte die Europäische Kommission erstmals verbindliche Kriterien für die Auswahl der von den Mitgliedsländern ausgewählten förderfähigen Regionen fest und veröffentlichte die Methode zur Ermittlung der Förderbedürftigkeit von Regionen, nach der die Gewährung von nationalen Regionalbeihilfen zulässig ist (Europäische Kommission 1988a). Danach zählte eine NUTS 2-Region dann als „**A-Fördergebiet**“, wenn mehr als die Hälfte der in ihr liegenden NUTS 3-Regionen ein **BIP pro Einwohner unter 75% des Gemeinschaftsdurchschnitts** aufwies. Die Einstufung als „**C-Fördergebiet**“ erfolgte ab 1988 anhand zweier Prüfschritte, die

¹⁰ Nummerierung nach der konsolidierten Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU-Vertrag) von 2008, davor Artikel 87 Absatz 3a EG-Vertrag (Nummerierung der Artikel ab dem Vertrag von Amsterdam von 1997), davor Artikel 92 Absatz 3a EWG-Vertrag (Nummerierung der Artikel nach den Römischen Verträgen von 1957).

¹¹ Nummerierung nach der konsolidierten Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU-Vertrag) von 2008, davor Artikel 87 Absatz 3c EG-Vertrag (Nummerierung der Artikel ab dem Vertrag von Amsterdam von 1997), davor Artikel 92 Absatz 3c EWG-Vertrag (Nummerierung der Artikel nach den Römischen Verträgen von 1957).

¹² Diese Beihilfe-Obergrenzen, die als Netto-Subventionsäquivalent definiert waren, lagen zwischen 20% und 75% der Investitionskosten.

¹³ Die jährlichen nationalen Schwellenwerte für Deutschland sind in Tabelle 2 aufgeführt.

ihre soziale und wirtschaftliche Lage im nationalen und europäischen Vergleich berücksichtigte. Dazu wurde in einem ersten Prüfschritt festgestellt, ob in der Region das **BIP pro Einwohner** (bzw. alternativ die Bruttowertschöpfung je Einwohner) – jeweils gemessen zu Faktorkosten – einen Schwellenwert von **85%** bezogen auf den Landesdurchschnitt unterschritt oder die **Arbeitslosigkeit** über **110%** des Landesdurchschnitts lag. Anschließend wurde die Lage des Mitgliedsstaates im Verhältnis zum Gemeinschaftsdurchschnitt ermittelt und für jeden Mitgliedsstaat ein nationaler Schwellenwert entsprechend Formel 1 berechnet. Je höher der Entwicklungsstand eines Landes im Vergleich zum Gemeinschaftsdurchschnitt ausfiel, desto mehr verschärfte sich der nationale Schwellenwert für die Einstufung einer Region als nationales Fördergebiet. Der nationale Schwellenwert der Arbeitslosigkeit wurde auf **145%** begrenzt, um eine Übergewichtung dieses Indikators zu vermeiden (Europäische Kommission 1988a: 5).

Formel 1

Methode zur Berechnung des nationalen Schwellenwerts

$$\text{nationaler Schwellenwert} = \frac{1}{2} \times \left(\text{Basisschwellenwert} + \frac{\text{Basisschwellenwert} \times 100}{\text{RLMS}} \right)$$

Der Basisschwellenwert für das BIP pro Einwohner wurde ab 1988 auf 85% und der Basisschwellenwert für die Arbeitslosigkeit auf 110% festgelegt. Eine Anhebung des Basisschwellenwerts für die Arbeitslosigkeit erfolgte 1998 auf 115%.

RLMS gibt die **relative Lage** des **Mitgliedsstaates** bei dem Indikator BIP pro Einwohner bzw. der Arbeitslosigkeit zum Gemeinschaftsdurchschnitt in Prozent wieder.

Quellen: (Europäische Kommission 1988a: 5; Europäische Kommission 1998: 30; Europäische Kommission 2006a: 36)

In einem zweiten Prüfschritt wurden noch weitere Indikatoren¹⁴ herangezogen, um die Förderbedürftigkeit der Region zu prüfen. So konnte es sein, dass Regionen, die zwar den Schwellenwerten zufolge Fördergebiet waren, dieser Status aufgrund der zusätzlichen Indikatoren nachträglich wieder aberkannt wurde. Auf der anderen Seite war es aber auch möglich, dass Regionen mit geringfügigen Abweichungen von den Schwellenwerten dennoch als Fördergebiet eingestuft werden konnten (Europäische Kommission 1988a: 2ff.).

2000-2006

Mit den **Leitlinien von 1998** änderten sich die Voraussetzungen für „C-Fördergebiete“, und es wurden den Mitgliedsstaaten gewisse Freiräume für die Auswahl ihrer nationalen Fördergebiete eingeräumt. Die Abgrenzung dieser Regionen musste lediglich transparent und nachvollziehbar sein und mit einer objektiven

¹⁴ Zu diesen Indikatoren zählen die Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit, Wanderungsbewegungen, demographische Entwicklung, Bevölkerungsdichte, Beschäftigungszahlen, Produktivität, Wirtschaftsstruktur, Investitionen, geographische Lage, topographische Gegebenheiten und Infrastruktur (Europäische Kommission 1988a: 5).

Methode anhand maximal fünf relevanter und möglichst aktueller Indikatoren aus verlässlichen Quellen erfolgen. Bei der räumlichen Gebietseinheit sollte es sich auch möglichst um NUTS 3-Regionen handeln, wobei Abweichungen von dieser geographischen Einheit zu begründen waren (Europäische Kommission 1998: 12f.). Für „**A-Fördergebiete**“ galt weiterhin die Grenze von **75% des Gemeinschaftsdurchschnitts für das BIP pro Einwohner**. Im Gegenzug zu den nun flexibleren Anforderungen für die Fördergebietsauswahl für die Mitgliedsländer begrenzte die Europäische Kommission den Umfang der Fördergebiete auf einen maximalen Anteil von 50% der Bevölkerung in allen Fördergebieten der Mitgliedsländer durch die Einführung einer **Fördergebietsbevölkerungshöchstgrenze**, des sog. **Bevölkerungsplafonds**, und legte die Methode zur Berechnung der national unterschiedlich hohen Bevölkerungshöchstgrenzen für Fördergebiete¹⁵ fest (Europäische Kommission 1998: 10, 29ff. (Anhang III)). Von der Höchstgrenze, die von der Europäischen Kommission auf 42,7% für die gesamte Gemeinschaft festgelegt wurde (Deutscher Bundestag 2000: 16), wurde zunächst die Bevölkerung in „A-Fördergebieten“ abgezogen. Der Anteil betrug rund 21% der Gesamtbevölkerung der EU. Als Rest ergab sich der Spielraum von rund 22% für den Bevölkerungsanteil in „C-Fördergebieten“ (Wishlade 2008: 755). Als Grundlage für die Berechnung der nationalen Fördergebietshöchstgrenzen wurde die Methode zur Ermittlung der nationalen Schwellenwerte des Jahres 1988 genutzt: Für Regionen auf NUTS 3-Ebene galt, dass ihr **BIP pro Einwohner** weiterhin einen Schwellenwert von **85%** bezogen auf den nationalen Durchschnitt unterschreiten musste. Der Schwellenwert für die **Arbeitslosigkeit** wurde hingegen auf **115%**, ebenfalls bezogen auf den nationalen Durchschnitt, angehoben (Europäische Kommission 1988a: 4f.; Europäische Kommission 1998: 30). Entsprechend Formel 1 ließen sich die jeweiligen nationalen Schwellenwerte ermitteln, wobei die Höchstgrenze bei der Arbeitslosigkeit auf maximal **150%** angehoben wurde. Anschließend wurde die Bevölkerung aller Regionen, die diese Kriterien erfüllten, für jedes Mitgliedsland aufsummiert und ergab – bezogen auf die Gesamtbevölkerung in der Gemeinschaft – den Verteilungsschlüssel, der multipliziert mit der gemeinschaftlichen Fördergebietsbevölkerungshöchstgrenze zu den nationalen Bevölkerungsgrenzen führte¹⁶. Eine weitere Einschränkung ergab sich durch die Senkung der Förderhöchstsätze auf 20% bis maximal 50% gegenüber der vorangegangenen Förderperiode, in der sie noch zwischen 30% und 75% betragen durften (Wishlade 2008: 756).

2007-2013

Nach der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 wurde in der nächsten Förderperiode ab dem **Jahr 2007** die Obergrenze für den Anteil der Fördergebietsbevölkerung in der Gemeinschaft auf **42%** für die 25 Mitgliedsstaaten gesenkt, was der Obergrenze der

¹⁵ Die Fördergebietsbevölkerungshöchstgrenzen für Deutschland sind für die einzelnen Förderperioden in Tabelle 3 aufgelistet.

¹⁶ Sofern ein Mitgliedsland keine Fördergebiete nach Artikel 87 Absatz 3 a EG-Vertrag hatte, konnte die so ermittelte nationale Fördergebietsbevölkerungshöchstgrenze noch nachträglich korrigiert werden (Europäische Kommission 1998: 31).

15 Mitgliedsländer zum Zeitpunkt der Leitlinien des Jahres 1998 entsprach. Nach dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 wurde der Anteil der Fördergebietsbevölkerung für die nun 27 Mitgliedsstaaten auf **45,5%** angehoben und nach Anwendung des Sicherheitsnetzes auf **46,6%** erhöht (Europäische Kommission 2006a: 15).

„**A-Fördergebiete**“¹⁷ mussten weiterhin ein **BIP pro Einwohner von unter 75% des EU-Durchschnitts** aufweisen. Eine Übergangsregelung gab es bis Ende 2010 für die „**Phasing-out-Regionen**“. Der Umfang der nationalen Fördergebiete, die als „**C-Fördergebiete**“ förderfähig waren, wurde wieder durch die von der Europäischen Kommission festgelegte Fördergebietsbevölkerungshöchstgrenze und den daraus ermittelten nationalen Fördergebietsbevölkerungsanteil bestimmt. Basis für die Berechnung des Bevölkerungsanteils in Fördergebieten waren wieder die Schwellenwerte von **85% für das BIP pro Einwohner** und von **115% für die Arbeitslosenquote** sowie die Ermittlung der nationalen Schwellenwerte gemäß Formel 1 (Europäische Kommission 2006a: 36 (Anhang IV)). Die Auswahl der „**C-Fördergebiete**“ blieb den Mitgliedsstaaten selbst überlassen, wobei jedoch bestimmte Mindestvoraussetzungen erfüllt werden mussten. So konnten Regionen auf NUTS 2- oder NUTS 3-Ebene nur dann als „**C-Fördergebiet**“ gefördert werden, wenn ihr **BIP pro Einwohner unter dem EU-25-Durchschnitt oder ihre Arbeitslosenquote mindestens 15% über dem nationalen Durchschnitt** lag. Ebenso förderfähig waren dünn besiedelte, räumlich isolierte, an ein Höchstfördergebiet angrenzende Gebiete, sowie Regionen mit tiefgreifendem Strukturwandel oder „**wirtschaftliche Entwicklungsregionen**“ (Europäische Kommission 2006a: 18f.).

2014-2020

Nach der Erweiterung der Europäischen Union auf 27 Mitgliedsländer sollen die Fördermittel in der kommenden **Förderperiode 2014-2020** noch stärker auf die bedürftigsten Regionen konzentriert werden. Der Entwurf der Leitlinien von der Europäischen Kommission sah hierzu einige tiefgreifende Beschlüsse vor (Europäische Kommission 2012a). So sollte zum einen die Fördergebietsbevölkerungshöchstgrenze ab dem **Jahr 2014** von 46,6% wieder auf **42%** für die nun 27 Mitgliedsländer gesenkt werden, was dem Anteil der festgelegten Fördergebietsbevölkerungshöchstgrenzen zu Beginn der beiden vorangegangenen Förderperioden entspricht¹⁸. Aufgrund diverser Einwände der Mitgliedsländer, insbesondere von denjenigen, die besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen waren, wurde die Fördergebietsbevölkerungshöchstgrenze in der im Juli 2013 verabschiedeten endgülti-

¹⁷ Mit dem Vertrag von Amsterdam wurden die Artikel neu nummeriert. Aus dem bisher gültigen Art. 92 Abs. 3a EWG-Vertrag wurde nun Art. 87 Abs. 3a EG-Vertrag. Entsprechend erfolgte die Umnummerierung für den Absatz 3c.

¹⁸ Von 1998 bis 2006 lag der Bevölkerungsanteil in Höchstfördergebieten bei 42,7% und bezog sich auf die damaligen 15 Mitgliedsländer. Zu Beginn der Förderperiode von 2007 bis 2013 wurde der Bevölkerungsanteil – bezogen auf die nun 25 Mitgliedsländer – auf 42% festgelegt, erhöhte sich aber später mit dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien auf 45,5% und mit dem Sicherheitsnetz auf 46,6% .

gen rechtskräftigen Fassung auf **46,53%** bzw. nach dem Beitritt von Kroatien auf **47%** festgelegt (Europäische Kommission 2013c: 25).

Weiterhin werden NUTS 2-Regionen wieder als „**A-Fördergebiete**“ ausgewiesen, deren **BIP unter 75% des gemeinschaftlichen Durchschnittswertes – von nun 27 Mitgliedsländern** – liegt. Gänzlich entfällt dafür die Übergangsregelung für sog. „Phasing-out-Regionen“, die lediglich aufgrund des gesunkenen Durchschnittswertes ihren Höchstfördergebietsstatus verlieren. Bei den „C-Fördergebieten“ wird zukünftig zwischen „prädefinierten“ und „nicht prädefinierten C-Fördergebieten“ unterschieden.

Als „**prädefinierte C-Fördergebiete**“ gelten alle Regionen, die in der vorangegangenen Förderperiode 2007-2013 „A-Fördergebiete“ gewesen sind und Gebiete mit geringer Bevölkerungsdichte. Nach dem Entwurf der Leitlinien hätten die ehemaligen „A-Fördergebiete“ zudem noch ein BIP pro Einwohner aufweisen müssen, das unter 90% des Gemeinschaftsdurchschnitts der 27 Mitgliedsländer liegt (Wishlade 2013: 5ff.). Nach Abzug des Bevölkerungsanteils für „A-Fördergebiete“ (25,2%), für ehemalige „A-Fördergebiete“, in denen das BIP pro Einwohner unter 90% des EU-Durchschnitts liegt (4,8%) und den gering besiedelten Regionen (0,5%) von der Fördergebietsbevölkerungshöchstgrenze wäre gemäß dem Entwurf nur noch ein restlicher Bevölkerungsanteil von ungefähr 11,5% für die „nicht prädefinierten C-Fördergebiete“ verblieben (Wishlade 2013: 8).

Für die „**nicht prädefinierten C-Fördergebiete**“ sollten auch restriktivere Vorgaben gelten als für „C-Fördergebiete“ in vorangegangenen Förderperioden. Während bislang bei der Berechnung des Bevölkerungsumfangs für „C-Fördergebiete“ Schwellenwerte zugrunde gelegt wurden, die sich auch auf die nationalen Durchschnittswerte bezogen, sah der Entwurf der Leitlinien ab dem Jahr 2014 vor, dass ausschließlich der europäische Vergleich ausschlaggebend für die Auswahl der nationalen Fördergebiete ist. So sollte das **BIP pro Kopf** in den NUTS 3-Regionen unter **90% des EU-27-Durchschnittswertes** und die **Arbeitslosenquote** mindestens **15% über dem EU-Durchschnitt** statt wie bisher über dem nationalen Durchschnitt liegen (Wishlade 2013: 8).

Dies hätte dazu geführt, dass – nach Berücksichtigung des Sicherheitsnetzes¹⁹ – in den meisten Mitgliedsländern der Bevölkerungsplafonds gesunken wäre, zum Teil sogar um mehr als 40%, in sieben Ländern unverändert geblieben und in zwei Ländern sogar angestiegen wäre. Dies ist neben den vorher beschriebenen Änderun-

¹⁹ Auch die Vorgaben für das Sicherheitsnetz wurden in den neuen Leitlinien neu geregelt. Demnach wird das Sicherheitsnetz nicht mehr wie in der vorangegangenen Förderperiode darüber definiert, dass keine Land mehr als 50% seiner Fördergebietsbevölkerung gegenüber der letzten Förderperiode verlieren darf, sondern es soll zukünftig nur noch für Länder gelten, die Unterstützung durch den EFSM bekommen, und für Zypern und Luxemburg, die keine regionale Untergliederung in NUTS 2 bzw. NUTS 3-Regionen haben (Wishlade 2013: 9f.).

gen insbesondere auf die wirtschaftliche Lage²⁰ in den Ländern zurückzuführen und weniger auf den gesunkenen Durchschnittswert infolge der Erweiterung der Europäischen Union um zwei Länder auf nun 27 Mitgliedsländer (Wishlade 2013: 11).

Die Europäische Kommission begründete den Bezug auf die europäischen statt auf die nationalen Durchschnittswerte damit, dass der Anteil der Fördergebietsbevölkerung für „A-Fördergebiete“ von 33% auf 25,2% sinkt und folglich ein größerer Bevölkerungspfadonds für „C-Fördergebiete“ verbleibt. Nach der alten Berechnungsmethode hätte dies dazu geführt, dass der Bevölkerungspfadonds in einigen eher wirtschaftlich stärkeren Länder gestiegen und in einigen eher schwächeren Ländern gesunken wäre (Wishlade 2013: 11f.).²¹

Die Kritik an dem Bezug auf ausschließlich europäische Durchschnittswerte von Seiten der Mitgliedsländer zeigte jedoch Wirkung und hatte eine Abschwächung der ursprünglichen Schwellenwerte zur Folge. Die „nicht prädefinierten C-Fördergebiete“ müssen gemäß der verabschiedeten Leitlinien nun ein **BIP pro Einwohner** aufweisen, das unter dem **EU-27-Durchschnitt** liegt, **oder** eine **Arbeitslosenquote von mindestens 115% des nationalen Durchschnitts** (Europäische Kommission 2013c: 29).

Eine weitere weitreichende Änderung sah der Entwurf der Leitlinien für die Förderhöchstsätze vor. Danach sollte die Förderung von Großunternehmen nur noch in „A-Fördergebieten“ möglich sein, in „C-Fördergebieten“ jedoch gänzlich eingestellt werden. Des Weiteren war beabsichtigt, die Fördersätze zu senken und für die Regionen entsprechend der Höhe ihres Anteils des BIPs pro Einwohner bezogen auf den europäischen Durchschnitt zu staffeln (Europäische Kommission 2013c: 4; Wishlade 2013: 14f.). Auch dieser Vorschlag stieß bei vielen Mitgliedsländern auf erheblichen Widerstand und wurde in den letztlich verabschiedeten Leitlinien dahingehend abgeschwächt, dass Beihilfen bei Großunternehmen nur bei Erstinvestitionen oder bei Diversifizierung von Betriebsstätten gewährt werden (Europäische Kommission 2013c: 4).

Die Leitlinien für die Förderperiode von 2014-2020 wurden erst Ende Juli 2013 endgültig verabschiedet und veröffentlicht, da die Europäische Kommission entschieden hat, möglichst aktuelle Daten zu verwenden, um auch die Entwicklung der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 hinreichend berücksichtigen zu können. Nur so war es möglich, in den Dreijahresdurchschnitt des BIPs pro Einwohner auch das Jahr 2010 mit einfließen zu lassen und auch aktuelle Bevölkerungszahlen für das Jahr 2010 zur Berechnung der Bevölkerungspfadonds zu berücksichtigen. Die Euro-

²⁰ Dies hängt maßgeblich damit zusammen, dass sowohl der dreijährige Durchschnittswert für das BIP pro Einwohner von 2007-2009 als auch die Arbeitslosenquote im Dreijahresdurchschnitt von 2008-2010 das Krisenjahr 2009 beinhalten, dessen Folgen in vielen Ländern noch bis in die Gegenwart wirken.

²¹ Zu den geringfügigen Änderungen gegenüber der Förderperiode 2007-2013 siehe (Wishlade 2013: 12f.).

päische Kommission hat daher die „Leitlinien für Beihilfen mit regionaler Zielsetzung 2007-2013“ bis zum 30. Juni 2014 verlängert und beschlossen, dass das neue Fördergebiet erst zum 1. Juli 2014 in Kraft tritt.

5 Abgrenzung der deutschen Regionalfördergebiete

In Deutschland wurde mit der Gründung der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)** zum **1. Januar 1970** erstmals ein Instrument für eine geregelte regionale Wirtschaftsförderung geschaffen. Die Förderung erfolgt durch die Gewährung von nicht rückzahlbaren regional gestaffelten **Investitionszuschüssen** an Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft oder als wirtschaftsnahe Infrastrukturförderung an Gemeinden und Gemeindeverbände, sofern diese in **Fördergebieten** liegen. Die geförderten Maßnahmen sind einmalige Beihilfen für Investitionsvorhaben in Betriebsstätten, die sich längerfristig auch ohne weitere Förderung durch den Staat am Markt behaupten müssen. Voraussetzung ist, dass mit den Investitionen für mindestens fünf Jahre neue Dauerarbeitsplätze geschaffen oder vorhandene Arbeitsplätze gesichert werden und so das Einkommen in den Regionen erhöht wird. Werden die Förderbedingungen zur Inanspruchnahme von Investitionszuschüssen erfüllt, so entscheidet die zuständige Behörde in dem jeweiligen Bundesland über die Förderwürdigkeit und die Höhe der gewährten Förderung (Tetsch/Benterbusch/Letixerant 1996: 108).

Das Entscheidungsgremium der GRW ist der **Koordinierungsausschuss** (ab 14. September 2007, davor **Planungsausschuss**) (§ 5 GRW-Gesetz), dem der Bundeswirtschaftsminister und Bundesfinanzminister sowie die Wirtschaftsminister bzw. Senatoren der Länder angehören. Der Koordinierungsausschuss beschließt jährlich den im vorbereitenden Gremium des Unterausschusses von Bund und Ländern für vier Jahre erstellten **Rahmenplan** (ab 14. September 2007 **Koordinierungsrahmen**) der GRW. Darin sind das Fördergebiet, die Förderziele, Fördervoraussetzungen, Förderintensität, Fördermaßnahmen und die „Regionalen Förderprogramme“ der einzelnen Bundesländer festgelegt. Er ist der Europäischen Kommission zur Genehmigung vorzulegen.

Um strukturschwache Regionen möglichst gut identifizieren zu können, zieht Deutschland zur Abgrenzung seiner nationalen Fördergebiete Regionalindikatoren heran, die sich an den zentralen Zielen der Regionalpolitik orientieren. So sollen Regionen unterstützt werden, in denen die Einkommen und Lebensverhältnisse unterdurchschnittlich sind (Ausgleichsziel), deren Förderung zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beiträgt (Wachstumsziel) und in diesen Regionen soll Beschäftigung und Einkommen gestärkt werden, um sie vor konjunkturellen und strukturellen Einbrüchen zu schützen (Stabilitätsziel). Die regionale Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation wird daher anhand verschiedener Indikatoren gemessen, die diese Ziele möglichst gut widerspiegeln. Des Weiteren legt Deutschland zur Abgrenzung seiner nationalen Fördergebiete funktional abgegrenzte Arbeitsmarktregionen zugrunde statt der administrativen NUTS-Regionen, wie sie die Europäische Kommission verwendet. Da die meisten regionalen Daten für Kreise vorliegen, wurden die

Arbeitsmarktregionen – bis auf wenige Ausnahmen – zumeist auch aus Kreisen gebildet. Eine Anpassung dieser regionalen Basis wurde in der Vergangenheit wiederholt notwendig, entweder aufgrund veränderter Pendlerströme, der Erweiterung des Bundesgebiets nach der Wiedervereinigung um die neuen Bundesländer, Änderungen der förderrechtlichen Vorgaben durch die Europäische Kommission oder aufgrund von Kreisgebietsreformen.

Deutschland legt seine Regionalfördergebiete anhand eines Gesamtindikators fest, der aus verschiedenen regionalen Einzelindikatoren gebildet wird und die Rangfolge von strukturschwachen zu strukturstarken Gebieten wiedergibt. Auch wenn es seit der ersten Abgrenzung der Fördergebiete Veränderungen bei den einzelnen Indikatoren, ihrer Anzahl, dem Verknüpfungsverfahren sowie der Gewichtung der einzelnen Indikatoren gegeben hat, so gab es doch eine gewisse Kontinuität bei den zentralen Indikatoren. Welche Indikatoren und Gewichte ausgewählt werden, wird letztendlich bei jeder Neuabgrenzung immer wieder neu entschieden. Dafür werden eine Vielzahl von Indikatoren mit aktuellen Zahlen für die jeweils gültigen Arbeitsmarktregionen berechnet, die anschließend eingehend und intensiv von Vertretern der Wirtschaftsministerien von Bund und Ländern im Unterausschuss der GRW diskutiert werden, ob sie die regionalen Problemlagen in Deutschland in geeigneter Weise abbilden.

Wie bereits im vorangegangenen Kapitel gezeigt, konnte Deutschland bis Anfang der 1980er Jahre den Umfang seiner mit diesen Indikatoren abgegrenzten Fördergebiete über den Anteil der in den Fördergebieten lebenden Bevölkerung selber festlegen, sofern diese die Voraussetzungen der Beihilfebedingungen erfüllten. Die Begrenzung hierfür ergab sich nicht aus den Indikatorwerten, sondern aus den von Bund und Ländern zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln (Neumann/Vesper 1983: 37, 200). Im Laufe der Zeit erhöhte die Europäische Kommission jedoch ihren Einfluss immer weiter auf die nationalen Regionalpolitiken der Mitgliedsländer. Welchen Einfluss dies konkret auf die deutschen Fördergebietsabgrenzungen, d.h. auf den Umfang des Fördergebiets, die Förderhöchstsätze und die Mittel bedeutete und zu welchen Konflikten dies führte, soll der nachfolgende Abschnitt zeigen. Problematisch waren insbesondere die Verhandlungen mit der Europäischen Kommission zur Genehmigung des Fördergebiets in den Jahren 1986, 1991 und 2000.

1975-1980

Die erste Neuabgrenzung der Fördergebiete in Deutschland fand **1975** statt. Regionalförderung fand ab diesem Zeitpunkt nicht mehr, wie in den zwei Jahrzehnten davor, nur als punktuelle Eingriffe zur Notstandsbekämpfung statt, sondern wurde zu einer flächendeckenden Schwerpunktförderung. Die Auswahl der förderbedürftigen Regionen erfolgte dabei über einen Gesamtindikator, der aus drei additiv miteinander verknüpften Indikatoren gebildet wurde. Als Abschneidegrenze wurde ein Schwellenwert von 250 festgelegt. Der Anteil der in Fördergebieten lebenden Bevölkerung in Höhe von 33,9% wurde gegenüber dem früheren Fördergebietsumfang beibehalten. Des Weiteren wurde das Zonenrandgebiet und das Saarland a priori

als Fördergebiet festgelegt (Deutscher Bundestag 1975: 5). 1978 wurde der Fördergebietsanteil auf 36% angehoben, um auch Nichtfördergebiete, in denen es zu starken Datenänderungen gekommen war, bis zur nächsten Neuabgrenzung der Fördergebiete in die Fördergebietskulisse mit aufzunehmen (Deutscher Bundestag 1978: 5).

1981-1985

Für die **Förderperiode von 1981 bis 1985** senkte Deutschland seinen Fördergebietsumfang gegenüber der vorangegangenen Förderperiode von 36% auf 29,77% Bevölkerungsanteil (Deutscher Bundestag 1981: 6). Die Fördergebietsauswahl erfolgte wieder über die Rangfolge der Regionen über einen nun aus fünf Einzelindikatoren gebildeten Gesamtindikator nach transparenten Kriterien. Dennoch hat die Europäische Kommission die Abgrenzung des Fördergebietes bereits 1981 beanstandet und ein Beihilfe-Prüfverfahren gegen 15 Arbeitsmarktregionen eingeleitet. Sie untersagte unter anderem die Förderung in zwölf Regionen und forderte die Senkung der Förderintensität in drei weiteren Regionen (Deutscher Bundestag 1983: 5). Deutschland einigte sich mit der Europäischen Kommission 1983, das 1981 beschlossene Fördergebiet um weitere 1,42 Prozentpunkte zu verringern und den dadurch nicht mehr geförderten sieben Regionen²² eine Übergangsregelung bis Ende 1984 zu gewähren (Deutscher Bundestag 1983: 5). In vier Regionen stimmte die Europäische Kommission der Förderung zu und überprüfte sechs der 15 Arbeitsmarktregionen isoliert anhand aktueller Daten für das BIP pro Einwohner 1978 und die Arbeitslosenquote im Fünfjahresdurchschnitt von 1979 bis 1983 im Vergleich zum Gemeinschaftsdurchschnitt. Aufgrund der Ergebnisse erhob sie gegen die Förderung in drei dieser Regionen Bedenken (Europäische Kommission 1987: 19). Nach einer erneuten Prüfung entschied die Europäische Kommission, dass in zwei dieser drei Regionen die Förderung nicht zulässig sei und daher die Förderung Ende Juni 1986 auszulaufen hätte. Einer Region wurde die Förderbedürftigkeit bis Ende 1986 bestätigt (Europäische Kommission 1987: 26). Letztendlich wurde insgesamt neun Regionen der Fördergebietsstatus von der Europäischen Kommission ab 1981 aberkannt (Deutscher Bundestag 1987: 24).

1986-1990

Auch in der folgenden **Förderperiode von 1986 bis 1990** kam es zu etlichen Konflikten zwischen Deutschland und der Europäischen Kommission. Um der Europäischen Kommission die Gelegenheit zu geben, das neue Fördergebiet hinsichtlich seiner Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt zu überprüfen, konnte das deutsche Fördergebiet erst zum 1.1.1987, statt wie geplant zum 1.1.1986, in Kraft treten (Deutscher Bundestag 1986: 10). Ursprünglich war für die Förderperiode von 1986 bis 1990 ein Fördergebietsbevölkerungsumfang von 30,9% vorgesehen.

²² Unter diesen sieben Regionen befanden sich zwei Regionen, die nicht beanstandet worden waren (Europäische Kommission 1987: 18).

Da die Europäische Kommission jedoch den von Deutschland vorgeschlagenen Fördergebietsumfang sowie die Fördersätze und den Umfang der Fördermittel beanstandet hat, kam es zu längeren und schwierigen Verhandlungen zwischen Deutschland und der Europäischen Kommission. Der Vorschlag vom damaligen EG-Kommissar Sutherland im Mai 1987 sah eine Reduzierung des Fördergebiets auf einen Bevölkerungsanteil von 28,8% zum 1.1.1988 und eine Reduzierung der Förderhöchstsätze vor (Deutscher Bundestag 1988: 5f.; Tetsch/Schütte/Sinz et al. 1988: 28; Deutscher Bundestag 1990: 7). Der Planungsausschuss stimmte diesem Vorschlag am 2. Juli 1987 zu und nahm relativ wirtschaftsstarke Regionen aus der Förderung, wovon sieben Arbeitsmarktregionen betroffen waren (Deutscher Bundestag 1988: 5; Tetsch/Schütte/Sinz et al. 1988: 61f.). 1987 wurden zudem mit dem 17. Rahmenplan befristete Sonderprogramme für zwei Arbeitsmarktregionen sowie für Montanstandorte beschlossen, woraufhin die Europäische Kommission empfahl, die Förderung in neun Arbeitsmarktregionen ab 1. Juli 1989 einzustellen. Nach dem Widerspruch Deutschlands wurde im August 1989 von der Europäischen Kommission ein Prüfverfahren eingeleitet. Daraufhin entschied Deutschland, die Förderung in drei Arbeitsmarktregionen zum Ende des Jahres 1989 zu beenden, was zur Einstellung des Prüfverfahrens gegen die übrigen sechs Regionen führte (Deutscher Bundestag 1990: 19).

1991-1993

Nach der deutschen Wiedervereinigung wurde im Einigungsvertrag festgelegt, das gesamte Beitrittsgebiet für fünf Jahre als Fördergebiet in die GRW aufzunehmen. Dafür war das Zonenrandgebiet fortan nicht mehr vorab als Fördergebiet festgelegt. Für die **Förderperiode 1991 bis 1993** hat Deutschland das Fördergebiet entsprechend der im „Bangemann-Sutherland-Kompromiss“²³ ausgehandelten Obergrenze auf 30% der westdeutschen Bevölkerung festgelegt. Nach Ansicht der Europäischen Kommission waren die Fördergebiete in Westdeutschland jedoch nicht ausreichend abgebaut worden und das Fördergefälle zwischen West- und Ostdeutschland fiel nicht entsprechend stark aus, so dass die Europäische Kommission zunächst die Genehmigung des 20. Rahmenplans und damit die Neuabgrenzung des Jahres 1991 untersagte. Deutschland einigte sich mit der Europäischen Kommission auf den „Brittan-Möllemann-Kompromiss“²⁴, der vorsah, die Berlin-, Zonenrandförderung und das westdeutsche Fördergebiet abzubauen, was zu einer erneuten Reduzierung des Fördergebiets auf 27% der westdeutschen Bevölkerung ab Mitte 1991 führte (Deutscher Bundestag 1991: 6, 21; Nägele 1996: 283ff.). Dazu wurde das Normalfördergebiet von 27,5% geringfügig gesenkt und die Sonderprogramme mit 2,3% Bevölkerungsanteil liefen statt erst zum Ende des Jahres 1991 bereits Mitte 1991 vorzeitig aus (Zarth 1991: 552; Nägele 1996: 285).

²³ Benannt nach dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann und dem EG-Kommissar Peter Sutherland.

²⁴ Benannt nach dem damaligen deutschen Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann und dem EG-Kommissar Sir Leon Brittan.

1994-1996

Auch in der nächsten **Förderperiode 1994 bis 1996** wurde der ursprünglich vorgesehene Umfang des westdeutschen Fördergebietes von 27% der westdeutschen Bevölkerung (ohne West-Berlin) von der Europäischen Kommission auf 22% Bevölkerungsanteil (einschließlich West-Berlin) gesenkt, was einer Reduzierung um 8,3 Prozentpunkte entsprach²⁵. Ursprünglich sollte nach Ansicht der Europäischen Kommission das westdeutsche Fördergebiet sogar auf unter 20% der westdeutschen Bevölkerung (einschließlich West-Berlin) gesenkt werden, wohingegen Deutschland einen Bevölkerungspfad von 23,5% für zwingend notwendig erachtete. Die unterschiedlichen Bevölkerungsgrenzen hingen davon ab, ob das gesamte Bundesgebiet oder nur die westdeutschen Länder die Basis für die Schwellenwerte bildeten und ob als regionale Einheit Kreise oder Arbeitsmarktregionen zugrunde gelegt wurden. Deutschland einigte sich mit der Europäischen Kommission dann auf einen Bevölkerungsanteil von 22% der westdeutschen Bevölkerung (einschließlich West-Berlin) (Benterbusch 1994: 134). Trotz frühzeitiger Vorlage der Fördergebiete zur Genehmigung bei der Europäischen Kommission bereits Mitte Juli 1993, wurde das ostdeutsche Fördergebiet erst am 19. Januar 1994 und das westdeutsche Fördergebiet sogar erst am 29. März 1994 genehmigt (Benterbusch 1994: 130, 136). Des Weiteren kam es 1996 bei der Höhe der Fördersätze zu einem Konflikt mit der Europäischen Kommission. Der ursprünglich beantragte Förderhöchstsatz von 28% für „B-Fördergebiete der GRW“²⁶ wurde von der Europäischen Kommission als zu hoch erachtet und musste daraufhin auf 18% reduziert werden. Lediglich für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) blieb er erhalten, jedoch gab es eine Reduzierung des Förderhöchstsatzes für KMU in West-Berlin von 50% auf 45% (Deutscher Bundestag 1996: 15, 31).

1997-1999

Für die **Förderperiode 1997 bis 1999** hatte Deutschland das westdeutsche Fördergebiet bei der Europäischen Kommission mit einem Bevölkerungsumfang von 22% der westdeutschen Bevölkerung, jedoch ohne West-Berlin, angemeldet und eine

²⁵ Die Differenz von 8,3 Prozentpunkten ergibt sich aus dem nun einbezogenen Bevölkerungsanteil von West-Berlin, der 3,3 Prozentpunkte betrug. Bis Ende 1993 erhielt West-Berlin noch Förderung aus dem Berlinfördergesetz, jedoch keine Mittel von der GRW. Ab der Förderperiode des Jahres 1994 wurde West-Berlin dann erstmals auch mit Mitteln der GRW gefördert (Deutscher Bundestag 1994: 5)

²⁶ Die Unterscheidung nach zwei räumlichen Problemkategorien wurde vom Planungsausschuss der GRW am 5. März 1995 eingeführt. Unterschieden wurde nach „A-Fördergebieten“, zu denen Regionen mit besonders schwerwiegenden Strukturproblemen (die neuen Bundesländer und Ost-Berlin) zählten, und nach „B-Fördergebieten“ mit schwerwiegenden Strukturproblemen (in den alten Bundesländern) (Deutscher Bundestag 1995: 12).

neue Fördergebietskategorie eingeführt²⁷. Aufgrund der geringeren Bezugsbasis von nur zehn westdeutschen Bundesländern hätte dies eine Ausweitung des Fördergebiets bedeutet. Die Europäische Kommission genehmigte aus diesem Grund und weil sie einige Förderregionen als nicht förderbedürftig erachtete, das deutsche Fördergebiet nicht. Erst nach längeren und schwierigen Verhandlungen zwischen dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Rexrodt und dem EU-Kommissar Van Miert einigte man sich auf einen Bevölkerungsplafond von 20,8%, der sich nur auf die zehn westdeutschen Bundesländer bezog und somit annähernd der Bevölkerung des westdeutschen Fördergebietes (ohne West-Berlin) von 1994 bis 1996 entsprach (Benterbusch 1996: 534ff.). Die damit verbundene Reduzierung der Fördergebietsbevölkerung um 800.000 Personen durfte auf alle Länder anteilig verteilt werden und alle vorgeschlagenen Fördergebiete wurden von der Europäischen Kommission akzeptiert (Deutscher Bundestag 1997: 15).

2000-2006

Ab dem Jahr **2000** wurde die Bevölkerungshöchstgrenze für Fördergebiete von der Europäischen Kommission auf 42,7% festgelegt (Europäische Kommission 1998; Deutscher Bundestag 2000: 16). Bereits im Vorfeld der Abgrenzung des deutschen Fördergebiets für die **Förderperiode 2000 bis 2006** gab es Konflikte zwischen Deutschland und der Europäischen Kommission. Nach ersten Berechnungen der Europäischen Kommission im Dezember 1997 wurde für Deutschland nur ein Fördergebietsumfang von 20,6% der gesamtdeutschen Bevölkerung für „C-Fördergebiete“ ermittelt und nachträglich auf 18,3% abgesenkt²⁸. Nach dem Widerspruch Deutschlands ermittelte die Europäische Kommission anhand aktuellerer Daten im Dezember 1998 einen Gesamtbevölkerungsumfang in Höhe von 40,7% für Deutschland, so dass nach Abzug der „A-Fördergebiete“ in Ostdeutschland mit einem Bevölkerungsanteil von 17,3% nun ein Bevölkerungsumfang von 23,4% für „C-Fördergebiete“ in Westdeutschland (einschließlich Berlin) verblieb. Anschließend erfolgte wieder eine „diskretionäre Anpassung“ des Fördergebietsumfangs, die dazu führte, dass sich der Fördergebietsumfang in einigen Ländern wieder erhöhte (Tetsch 1999: 373f.). Um die EU-weite Fördergebietshöchstgrenze von 42,7% nicht zu überschreiten, hat die Europäische Kommission den Fördergebietsumfang für Deutschland dafür nachträglich auf 34,9% reduziert, so dass sich für Westdeutschland (einschließlich Berlin) nur noch ein Bevölkerungsplafonds von 17,6% ergab.

²⁷ Um die unterschiedliche Stärke der ostdeutschen Regionen hinreichend zu berücksichtigen, hat der Planungsausschuss am 3. Juli 1996 für die Zeit ab 1997 drei Fördergebietskategorien festgelegt. Zu den „A-Fördergebieten der GRW“ zählten die strukturschwächsten Regionen Ostdeutschlands, zu den „B-Fördergebieten der GRW“ strukturstärkere ostdeutsche Regionen und unter die „C-Fördergebiete der GRW“ fielen künftig westdeutsche Regionen mit schwerwiegenden Strukturproblemen (Deutscher Bundestag 1997: 14ff.).

²⁸ Mit der anschließenden Berichtigung des im ersten Schritt ermittelten Bevölkerungsplafonds sollte gewährleistet werden, dass kein Mitgliedsstaat mehr als ein Viertel seiner Fördergebiete verliert und der Fördergebietsbevölkerungsumfang in jedem Mitgliedsstaat mindestens 15% und maximal 50% beträgt (sog. „diskretionäre Anpassung“) (Europäische Kommission 1998: Anhang III: 31; Tetsch 1999: 373f.).

Dennoch meldete Deutschland einen Fördergebietsbevölkerungsumfang von 23,4% bei der Europäischen Kommission an, der die Einleitung eines Prüfverfahrens im Sommer 1999 gegen Deutschland zur Folge hatte (Europäische Kommission 1999a; Tetsch 2002: 201f.). Obwohl sich Deutschland gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten benachteiligt sah, akzeptierte Deutschland diese Beschränkung letztendlich, um nicht die Förderung in strukturschwachen Regionen zu gefährden. Das beschlossene und genehmigte Fördergebiet für die Förderperiode 2000 bis 2003 sah einen Fördergebietsbevölkerungsumfang von 17,16% für Ostdeutschland und von 17,73% für Westdeutschland (einschließlich Berlin) vor²⁹. Um regionale Härten aufgrund des gesunkenen Bevölkerungsplafonds abzufedern, wurden westdeutsche strukturschwache Gebiete mit einem Bevölkerungsanteil zwischen 17,73% und 23,4% bezogen auf die gesamtdeutsche Bevölkerung in einer weiteren Fördergebietskategorie zu „D-Fördergebieten der GRW“ zusammengefasst und konnten so ebenfalls unter bestimmten Prämissen unterhalb des Regionalbeihilferechts mit eingeschränkten Förderrechten unterstützt werden (Deutscher Bundestag 2000: 16ff.). Ansonsten galten wieder die Fördergebietskategorien der „A- und B-Fördergebiete“ für strukturschwache und strukturstärkere Regionen in den neuen Bundesländern sowie die „C-Fördergebiete“ für die strukturschwachen Regionen in den alten Bundesländern einschließlich Berlin bis zu dem Bevölkerungsplafonds von 17,73% der gesamtdeutschen Bevölkerung.

Die ab dem Jahr 2000 gültigen Fördergebiete waren der Europäischen Kommission zunächst nur bis Ende 2003 zur Genehmigung vorgelegt worden, um so bei möglichen Änderungen aufgrund aktueller Entwicklungen eine neue Gebietskulisse ab dem Jahr 2004 beantragen zu können. Die bisherige Fördergebietskarte wurde dann aber bis zum Ende der Strukturfondsperiode bis Ende 2006 auf Anraten des damaligen EU-Kommissars Mario Monti unverändert verlängert und genehmigt, auch wenn sie nochmals von der Europäischen Kommission einer intensiven Prüfung unterzogen wurde (Deutscher Bundestag 2004: 18). Zu den bisherigen vier unveränderten GRW-Fördergebietskategorien A bis D kam ab dem Jahr 2004 noch die Fördergebietskategorie E hinzu. Unter diese Kategorie fielen Regionen, bei denen das Fördergefälle zu benachbarten Regionen besonders hoch war. Diesen Regionen wurden – allerdings geringere – Fördersätze gewährt, um Standortverlagerungen in benachbarte Regionen mit hohen Fördersätzen zu verhindern (Deutscher Bundestag 2004: 20).

2007-2013

In der **Förderperiode 2007 bis 2013** wurde die Fördergebietsbevölkerungshöchstgrenze für Deutschland erneut gesenkt, und zwar auf 29,6% der gesamtdeutschen Bevölkerung. Das Kriterium für Höchstfördergebiete erfüllten nun die drei ostdeut-

²⁹ Die prozentualen Bevölkerungsanteile des beschlossenen Fördergebiets beziehen sich auf die Bevölkerungszahlen vom 31.12.1997 und unterscheiden sich daher geringfügig von den vorher genannten, die auf den Bevölkerungszahlen vom 31.12.1996 basierten.

schen Regionen NUTS 2-Regionen Halle, Leipzig und Brandenburg-Südwest nicht mehr, so dass sie den Übergangstatus der „**Phasing-Out-Regionen**“ erhielten. Sie konnten zunächst bis Ende 2010 weiterhin Höchstfördersätze wie „A-Fördergebiete“ in Anspruch nehmen, waren aber nach der Überprüfung ihrer Förderbedürftigkeit ab dem 1.1.2011 nur noch wie „C-Fördergebiete“ förderfähig (Europäische Kommission 2010: 2f.). Der Bevölkerungsumfang dieser „Phasing-out-Regionen“ betrug 6,1%, so dass nur noch 11,0% Bevölkerungsumfang für „C-Fördergebiete“ übrigblieb. Dies entsprach einer Reduzierung des westdeutschen Fördergebiets einschließlich Berlin um ein Drittel gegenüber dem früheren Bevölkerungsplafonds von 17,08%³⁰. Die Auswahl der Fördergebiete bestimmte sich wieder aus der Reihenfolge der Regionen über den Gesamtindikator. Regionen zwischen der Abschneidegrenze von 11% und dem vorangegangenen Bevölkerungsplafonds von 17,08% wurden als „D-Fördergebiete“ ausgewiesen und konnten mit Mitteln der GRW unterhalb des Regionalbeihilferechts mit eingeschränkten Förderrechten unterstützt werden (Schwengler/Haag/Binder 2006: 114f.).

2014-2020

Für die kommende **Förderperiode 2014-2020** sehen die Leitlinien der Europäischen Kommission noch weitreichendere Einschränkungen für die deutschen Fördergebiete vor. Zum einen wird Deutschland künftig kein „A-Fördergebiet“ mehr ausweisen können. Durch das Entfallen auch der „Phasing-Out-Regionen“ können ab dem 1. Juli 2014 nur noch Regionen mit reduzierten Fördersätzen nach Artikel 107 Absatz 3c AEU-Vertrag gefördert werden. In „prädefinierten C-Fördergebieten“ liegt der Anteil der Fördergebietsbevölkerung bei 11,9% und in „nicht-prädefinierten C-Fördergebieten“ bei 13,95%. Das bedeutet eine weitere Reduzierung des gesamtdeutschen Bevölkerungsplafonds von 29,6% auf 25,85% (Europäische Kommission 2013c: 35).

Zieht man von dem gesamtdeutschen Bevölkerungsplafonds die ostdeutschen Regionen mit einem Bevölkerungsanteil von 19,83% (einschließlich Berlin)³¹ ab, so bleibt nur noch ein Bevölkerungsanteil von 6,02% für das westdeutsche Bundesgebiet übrig. In Westdeutschland wird folglich zukünftig nur noch in sehr geringem Umfang regionale Wirtschaftsförderung stattfinden. Auch wenn sich die deutsche Wirtschaft erstaunlich gut nach der Finanz- und Wirtschaftskrise erholt hat, die Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stetig steigt und sich die Arbeitslosigkeit auf einem niedrigen Niveau befindet (Fuchs/Hummel/Hutter et al. 2013), so bestehen dennoch weiterhin erhebliche regionale Disparitäten innerhalb

³⁰ Die Differenz des hier ausgewiesenen Förderplafonds in Höhe von 17,08% zu dem in der vorangegangenen Förderperiode genannten in Höhe von 17,73% ergibt sich aus Nicht-einbeziehung der NUTS 2-Region Lüneburg, da diese nach Artikel 87 Absatz 3a EG-Vertrag abgegrenzt wurde und ihre Einwohner nicht in den Bevölkerungsplafonds nach Artikel 87 Absatz 3c EG-Vertrag einzurechnen waren.

³¹ Dieser Anteil bezieht sich auf die ostdeutsche Bevölkerung einschließlich Berlin zum 31.12.2011.

Deutschlands, und zwar zwischen Agglomerationen und peripheren Regionen (Maseland 2012). Dass das Wachstum dennoch in peripheren Regionen stärker ausfällt als in Kernregionen (Maseland 2012), lässt auf die erfolgreiche Förderung von Betrieben in strukturschwachen Regionen durch die GRW und die daraus folgende positive Beschäftigungsentwicklung schließen (Bade/Eickelpasch 2011; Bade 2012; Alecke/Mitze/Untiedt 2013). Wenn jedoch wirtschaftlich stärkere Länder wie Deutschland künftig wegen der Beschränkungen ihrer nationalen Regionalförderung immer weniger Spielraum für die Förderung ihrer peripher gelegenen strukturschwachen Regionen erhalten, könnte das innerstaatliche regionale Gefälle zwischen starken und armen Regionen wieder stärker wachsen.

6 Fazit und Ausblick

Mit dem vorliegenden Beitrag wurde gezeigt, wie im Zuge der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft die europäische Regionalpolitik an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst wurde und welche Auswirkungen dies auch auf den Umfang und den Handlungsspielraum bei der Auswahl von nationalen Fördergebieten hatte. Wirtschaftsstärkere Mitgliedsstaaten, wie z.B. Deutschland, waren besonders von dem gesunkenen Durchschnittsniveau in Folge der Einbeziehung strukturschwächerer süd- und osteuropäischer Länder betroffen, an dem sich nicht nur die Auswahl der europäischen Höchstfördergebiete orientiert, sondern das auch die Berechnung der nationalen Fördergebietsbevölkerungshöchstgrenzen mit beeinflusst. Trotz des ständig gesunkenen deutschen Fördergebietsumfangs gab es wiederholt Kritik von der Europäischen Kommission an der von Deutschland zur Genehmigung vorgelegten Förderkulisse. Im Jahr 1986 führte dies sogar zu einer Verzögerung des Inkrafttretens des Fördergebietes um ein Jahr. Letztendlich wurde zwar immer wieder ein Kompromiss zwischen Deutschland und der Europäischen Kommission über das deutsche Fördergebiet gefunden, dieser hatte aber stets eine weitere Verringerung des deutschen Fördergebietes zur Folge.

Bereits in der letzten Förderperiode von 2007-2013 wurde der Gemeinschaftsdurchschnitt für das BIP pro Einwohner nicht mehr nur allein für die Auswahl der Höchstfördergebiete zugrunde gelegt, sondern der europäische Durchschnittswert dieses Indikators galt auch für die Auswahl von nationalen Fördergebieten mit niedrigeren Fördersätzen. Wie die Leitlinien für die Förderperiode 2014-2020 zeigen, sind künftig weitere Einschnitte und Kürzungen bei den nationalen Fördergebieten geplant. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die Europäische Kommission gesprächsbereit ist und die Rückmeldungen aus den Mitgliedsländern ernst genommen und ihren ursprünglichen Entwurf der Leitlinien an zentralen Stellen abgeschwächt hat. So wurde der Fördergebietsbevölkerungslafonds auf dem Niveau der vorangegangenen Förderperiode bei 46% beibehalten und nicht wie zunächst geplant auf 42% gesenkt. Auch die sehr restriktive Vorgabe des Schwellenwerts von 90% des BIPs pro Einwohner bezogen auf den Durchschnitt der 27 Mitgliedsländer für „prädefinierte“ und „nicht-prädefinierte C-Fördergebiete“ wurde in Folge der Kritik der Mitgliedsländer nicht umgesetzt. Stattdessen wurde wieder als Grenze – wie bereits in der

vorangegangenen Förderperiode – das durchschnittliche BIP pro Einwohner zugrunde gelegt, jetzt jedoch bezogen auf 27 Mitgliedsländer.

Dennoch führte das Entfallen der Höchstfördergebiete in Deutschland sowie die erneute Reduzierung des deutschen Bevölkerungsplafonds dazu, dass der Anteil der Fördergebietsbevölkerung in Westdeutschland erneut sinkt, auch wenn noch immer zum Teil erhebliche regionale Disparitäten nicht nur zwischen west- und ost-deutschen Regionen, sondern auch innerhalb Westdeutschlands bestehen. Es ist daher fraglich, ob in Westdeutschland zukünftig noch Regionalförderung mit nationalen Mitteln in nennenswertem Umfang möglich sein wird und den divergierenden Kräften zwischen Agglomerationen und peripheren, strukturschwachen Gebieten entgegenwirken kann.

Tabelle 1
Verteilung der EFRE-Mittel auf Länder (in Prozent)

Land \ Jahr	1975-1977	1978-1980	1981-1983	1984-1985		1986-1987	
				Unter-grenze	Ober-grenze	Unter-grenze	Ober-grenze
Belgien	1,5	1,39	1,11	0,90	1,20	0,61	0,82
Dänemark	1,3	1,20	1,06	0,51	0,67	0,34	0,46
Deutschland	6,4	6,00	4,65	3,76	4,81	2,55	3,40
Frankreich	15,0	16,86	13,64	11,05	14,74	7,48	9,96
Irland	6,0	6,46	5,94	5,64	6,83	3,82	4,61
Italien	40,0	39,39	35,49	31,94	42,59	21,62	28,79
Luxemburg	0,1	0,09	0,07	0,06	0,08	0,04	0,06
Niederlande	1,7	1,58	1,24	1,00	1,34	0,68	0,91
Vereinigtes Königreich	28,0	27,03	23,80	21,42	28,56	14,50	19,31
Griechenland	./.	./.	13,00	12,35	15,74	8,36	10,64
Portugal	./.	./.	./.	./.	./.	10,66	14,20
Spanien	./.	./.	./.	./.	./.	17,97	23,93
Quelle:	(Europäische Kommission 1975: 2 Artikel 2)	(Europäische Kommission 1979: 12 Artikel 2 Absatz 3a)	(Europäische Kommission 1980: 10 Artikel 1 Nr. 1)	(Europäische Kommission 1984: 3 Artikel 4 Nr. 3)		(Europäische Kommission 1985: 40 Artikel 1 Nr. 3)	

Tabelle 2
Deutsche Schwellenwerte für nationale Fördergebiete nach Artikel 92 Absatz 3c
EWG-Vertrag

Jahr \ Indikator	Bruttoinlands- produkt pro Ein- wohner	Arbeitslosenquote	Quellen:
1981	< 73%	> 130%	(Europäische Kommission 1987: 23)
1983	< 76%	> 150%	(Krieger-Boden 1987: 84f.)
1985	< 76%	> 145%	(Europäische Kommission 1987: 23)
1986	< 74%	> 145%	(Tetsch/Schütte/Sinz et al. 1988: 27f.)
1987	< 74%	> 136%	(Europäische Kommission 1988a: 7)
1988	< 74%	> 136%	(Eser 1989: 204)
1989	< 75%	> 138%	(Europäische Kommission 1989: 5)
1990	< 74%	> 143%	(Europäische Kommission 1990: 5)
1991	< 74%	> 143%	(Gräber 1991: 567)
1992	< 75%	> 145%	(Europäische Kommission 1992: 4)
1993	< 75%	> 145%	(Europäische Kommission 1993: 7)
1994	< 75%	> 145%	(Europäische Kommission 1993: 7)
1995	< 77%	> 131%	(Europäische Kommission 1995b: 11)
1996	< 77%	> 130%	(Europäische Kommission 1996: 6)
1997	< 77%	> 128%	(Europäische Kommission 1997a: 9)

Tabelle 3
Anteil der Fördergebietsbevölkerung in Deutschland nach Förderperioden

Förderperiode	Neue Bundesländer	Alte Bundesländer	Bevölkerung Deutschland insgesamt
1975-1980	./.	33,9% wurde erhöht auf 36% (mit West-Berlin) bezogen auf die westdeutsche Bevölkerung	./.
1981-1985	./.	29,8% wurde reduziert auf 28,4% (mit West-Berlin) bezogen auf die westdeutsche Bevölkerung	./.
1986-1990	./.	30,9% wurde zum 1.1.1988 auf 28,8% (mit West-Berlin) bezogen auf die westdeutsche Bevölkerung reduziert	./.
1991-1993		26,9% (mit West-Berlin) bezogen auf die westdeutsche Bevölkerung	42,5%
	20,8% (mit Ost-Berlin) bezogen auf die gesamtdeutsche Bevölkerung)	21,7% (mit West-Berlin) bezogen auf die gesamtdeutsche Bevölkerung	
1994-1996		22% (mit West-Berlin) bezogen auf die westdeutsche Bevölkerung einschließlich West-Berlin	37,2%
	19,5% (mit Ost-Berlin) bezogen auf die gesamtdeutsche Bevölkerung	17,7% (mit West-Berlin) bezogen auf die gesamtdeutsche Bevölkerung	
1997-1999		20,8% (ohne West-Berlin) bezogen auf die westdeutsche Bevölkerung	37,9%
	21,7% (mit Berlin) bezogen auf die gesamtdeutsche Bevölkerung	16,2% (ohne West-Berlin) bezogen auf die gesamtdeutsche Bevölkerung	
2000-2006	17,16% (ohne Berlin)	17,73% (mit Berlin) bezogen auf die gesamtdeutsche Bevölkerung (D-Fördergebiete: 5,67%)	34,89%
2007-2013	12,5% (Höchstfördergebiete) + 6,1% (Statistischer Effekt)	11,0% (mit Berlin und ohne die NUTS-2-Region Lüneburg) bezogen auf die gesamtdeutsche Bevölkerung (D-Fördergebiete: 7,7%)	29,6% (28,14%) ³²

³² Die deutsche Fördergebietskulisse mit Beihilfestatus umfasste nur einen tatsächlichen Bevölkerungsanteil von 28,14% gegenüber dem von der Europäischen Kommission vorgegebenen Fördergebietsbevölkerungspfangs von 29,6%, da die Höchstfördergebiete nach Art. 87 Abs. 3a EG-Vertrag in der Region Lüneburg nicht voll ausgeschöpft wurden.

Literaturverzeichnis

Alecke, Björn/Mitze, Timo/Untiedt, Gerhard (2013): "Growth effects of regional policy in Germany: results from a spatially augmented multiplicative interaction model." Annals of Regional Science **50** (2): 535-554.

Bade, Franz-Josef (2012): "Die Förderung gewerblicher Investitionen durch die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur": Wie erfolgreich sind die geförderten Betriebe?" Raumforschung und Raumordnung **70** (1): 31-48.

Bade, Franz-Josef/Eickelpasch, Alexander (2011): "Fördermittel für strukturschwache Gebiete: Die erfolgreichen 26-Milliarden-Euro-Subventionen." DIW Wochenbericht **78** (5): 2-9.

Benterbusch, Ulrich (1994): "Neuabgrenzung des Fördergebiets der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" 1993." Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung **2**: 130-136.

Benterbusch, Ulrich (1996): "Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Neuabgrenzung der Fördergebiete in Westdeutschland und Ausgestaltung der Förderung in Ostdeutschland für die Jahre 1997-1999." Informationen zur Raumentwicklung **9** (Neuabgrenzung des Fördergebiets der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"): 517-556.

Berthold, Norbert/Neumann, Michael (2005): "Europäische Regionalpolitik - Gift für rückständige Regionen?" Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung **1** (Europäische Regionalpolitik): 47-65.

Bradley, John/Untiedt, Gerhard (2007): "Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der EU-Strukturpolitik in den Konvergenzregionen." Raumforschung und Raumordnung **65** (4): 301-314.

Bundesrat (1998): Entschließung des Bundesrats zu den Gesetzgebungsvorschlägen der Europäischen Kommission im Rahmen der "Agenda 2000". **637/98**.

Deutscher Bundestag (1975): Vierter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache 7/3601. Verlag Dr. Hans Heger, Bonn: 162.

Deutscher Bundestag (1978): Siebter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache 8/2014. Verlag Dr. Hans Heger, Bonn: 184.

Deutscher Bundestag (1981): Zehnter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache 9/697. Verlag Dr. Hans Heger, Bonn: 223.

Deutscher Bundestag (1983): Zwölfter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache 10/303. Verlag Dr. Hans Heger, Bonn: 233.

Deutscher Bundestag (1986): Fünfzehnter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache 10/5910. Verlag Dr. Hans Heger, Bonn: 230.

Deutscher Bundestag (1987): Sechzehnter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache 11/583. Verlag Dr. Hans Heger, Bonn: 252.

Deutscher Bundestag (1988): Siebzehnter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache 11/2362. Verlag Dr. Hans Heger, Bonn: 239.

Deutscher Bundestag (1990): Neunzehnter Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache 11/7501. Verlag Dr. Hans Heger, Bonn: 155.

Deutscher Bundestag (1991): Zwanzigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache 12/895. Verlag Dr. Hans Heger, Bonn: 176.

Deutscher Bundestag (1994): Dreiundzwanzigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für den Zeitraum 1994 bis 1997 (1998). Bundestags-Drucksache 12/7175. Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Bonn: 216.

Deutscher Bundestag (1995): Vierundzwanzigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache 13/1376. Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Bonn: 212.

Deutscher Bundestag (1996): Fünfundzwanzigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache 13/4291. Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Bonn: 202.

Deutscher Bundestag (1997): Sechszwanzigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache 13/7205. Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Bonn: 220.

Deutscher Bundestag (1999): Achtundzwanzigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache 14/776. Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Bonn: 208.

Deutscher Bundestag (2000): Neunundzwanzigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache 14/3250. Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Bonn: 258.

Deutscher Bundestag (2004): Dreiunddreißigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache 15/2961. Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Köln: 287.

Eser, Thimo W. (1989): "Die Kontrolle regionaler Beihilfen im Rahmen der Wettbewerbspolitik der Europäischen Gemeinschaften." Raumforschung und Raumordnung 4: 202-216.

Europäische Kommission (1971): Allgemeine Beihilferegulungen mit regionaler Zwecksetzung (Mitteilung der Kommission an den Rat). Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C111. Europäische Kommission.

Europäische Kommission (1975): Verordnung (EWG) Nr. 724/75 des Rates vom 18. März 1975 über die Errichtung eines Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 73. Europäische Kommission, Brüssel.

Europäische Kommission (1979): Verordnung (EWG) Nr. 214/79 des Rates vom 6. Februar 1979 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 724/75 über die Errichtung eines Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 35. Europäische Kommission, Brüssel.

Europäische Kommission (1980): Verordnung (EWG) Nr. 3325/80 des Rates vom 16. Dezember 1980 zur Änderung der Verordnung (EWG) über die Errichtung eines Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 349. Europäische Kommission, Brüssel.

Europäische Kommission (1984): Verordnung (EWG) Nr. 1787/84 des Rates vom 19. Juni 1984 betreffend den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 169. Europäische Kommission, Luxemburg.

Europäische Kommission (1985): Verordnung (EWG) Nr. 3641/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1787/84 betreffend den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 350. Europäische Kommission, Brüssel.

Europäische Kommission (1987): Entscheidung der Kommission vom 19. Februar 1986 über die Vereinbarkeit der Vergabe von regionalen Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in sechs nach der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" geförderten Arbeitsmarktregionen. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 12. Europäische Kommission. Europäische Kommission, Brüssel: 17-26.

Europäische Kommission (1988a): Mitteilung der Kommission über die Methode zur Anwendung von Artikel 92 Absätze 3a) und c) auf Regionalbeihilfen. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 212. Europäische Kommission.

Europäische Kommission (1988b): Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über die Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Entwicklungsbank und der anderen vorhandenen Finanzierungsinstrumente. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 185. Europäische Kommission, Luxemburg.

Europäische Kommission (1988c): Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 374. Europäische Kommission, Brüssel.

Europäische Kommission (1989): Mitteilung der Kommission über die Methode zur Anwendung von Artikel 92 Absatz 3 Buchstabe c) auf Regionalbeihilfen. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 78. Europäische Kommission.

Europäische Kommission (1990): Mitteilung der Kommission zur Methode der Anwendung von Artikel 92 Absatz 3 Buchstabe c) auf Regionalbeihilfen. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 163. Europäische Kommission: 5-6.

Europäische Kommission (1992): Mitteilung der Kommission zur Methode der Anwendung von Artikel 92 Absatz 3 Buchstabe c) auf Regionalbeihilfen. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 114. Europäische Kommission.

Europäische Kommission (1993): Mitteilung der Kommission zur Methode der Anwendung von Artikel 92 Absatz 3 Buchstabe c) auf Regionalbeihilfen. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 119. Europäische Kommission.

Europäische Kommission (1995a): Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 1. Januar 1995 zur Anpassung der Dokumente betreffend den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zur Europäischen Union. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 1. Europäische Kommission, Brüssel: 219.

Europäische Kommission (1995b): Mitteilung der Kommission zur Methode der Anwendung von Artikel 92 Absatz 3 Buchstabe c) auf Regionalbeihilfen. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 282. Europäische Kommission.

Europäische Kommission (1996): Mitteilung der Kommission zur Methode der Anwendung von Artikel 92 Absatz 3 Buchstabe c) EG-Vertrag auf Regionalbeihilfen. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 186. Europäische Kommission.

Europäische Kommission (1997a): Mitteilung der Kommission zur Methode der Anwendung von Artikel 92 Absatz 3 Buchstabe c) EG-Vertrag auf Regionalbeihilfen. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 198. Europäische Kommission.

Europäische Kommission (1997b): Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 340. Europäische Kommission, Amsterdam.

Europäische Kommission (1998): Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung. Amtsblatt der Europäischen Union C 74/06. Europäische Kommission, Brüssel.

Europäische Kommission (1999a): Staatliche Beihilfen. Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag zur Beihilfe/Maßnahme C47/99 (ex N 195/99) - Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" in Deutschland für den Zeitraum 1.1.2000 - 31.12.2003. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 340. Europäische Kommission: 8-51.

Europäische Kommission (1999b): Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 161. Europäische Kommission, Luxemburg.

Europäische Kommission (2006a): Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung 2007-2013. Amtsblatt der Europäischen Union C 54/08. Europäische Kommission, Brüssel.

Europäische Kommission (2006b): Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 210. Europäische Kommission, Brüssel.

Europäische Kommission (2008): Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union und die Arbeitsweise der Europäischen Union. Amtsblatt der Europäischen Union C 115. Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2010): Mitteilung der Kommission über die Überprüfung des Fördergebietsstatus und der Beihilfemaximalintensität der "vom statistischen Effekt betroffenen Regionen" in den nachstehend genannten Fördergebietskarten für den Zeitraum vom 1.1.2011 bis zum 31.12.2013. Amtsblatt der Europäischen Union C 222/02. Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2012a): Arbeitspapier der GD Wettbewerb - Entwurf der Leitlinien für Regionalbeihilfen 2014-2020. Generaldirektion Wettbewerb. Europäische Kommission, Brüssel: 50.

Europäische Kommission (2012b): Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, für die der Gemeinsame Strategische Rahmen gilt, sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates. COM(2011) 615 final/2. Europäische Kommission, Brüssel. **2011/0276 (COD)**.

Europäische Kommission (2013a). "Die fünf EU-Kernziele für das Jahr 2020." Europa 2020
http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/targets/index_de.htm.
(Zugriff am 11.04.2013).

Europäische Kommission (2013b). "Evaluations of the 2007-2013 programming period." Regional policy - Inforegio.
http://ec.europa.eu/regional_policy/information/evaluations/index_en.cfm.
(Zugriff am 29.04.2013).

Europäische Kommission (2013c): Leitlinien für Regionalbeihilfen 2014-2020. Amtsblatt der Europäischen Union C 209. Europäische Kommission, Brüssel.

Fuchs, Johann/Hummel, Markus/Hutter, Christian/Klinger, Sabine/Wanger, Susanne/Weber, Enzo/Weigand, Roland/Zika, Gerd (2013): "Der Arbeitsmarkt bekommt konjunkturellen Rückenwind." IAB-Kurzbericht (6): 12.

Gräber, Heinrich (1991): "Ein verhaltensorientiertes Konzept zur Auswahl von Fördergebieten in der regionalen Strukturpolitik." Informationen zur Raumentwicklung **9/10** (Regionale Wirtschaftspolitik unter veränderten Rahmenbedingungen): 557-568.

Holtzmann, Hans-Dieter (1997): Regionalpolitik der Europäischen Union. Eine Erfolgskontrolle in theoretischer und empirischer Sicht. Duncker & Humblot, Berlin.

Karl, Helmut (2006): "Der Beitrag der nationalen und europäischen Strukturpolitik zum Abbau regionaler Disparitäten." Informationen zur Raumentwicklung **9** (Regionale Strukturpolitik - quo vadis?): 485-493.

Klemmer, Paul (1986): Regionalpolitik auf dem Prüfstand. Industrieförderung GmbH, Köln.

Krieger-Boden, Christiane (1987): "Zur Regionalpolitik der Europäischen Gemeinschaft." Die Weltwirtschaft (1): 82-96.

Lammers, Konrad (2007): "Die EU-Regionalpolitik im Spannungsfeld von Integration, regionaler Konvergenz und wirtschaftlichem Wachstum." Raumforschung und Raumordnung **65** (4): 288-300.

Lammers, Konrad/Stiller, Silvia (2000): "Regionalpolitische Implikationen der neuen ökonomischen Geographie." HWWA Discussion Paper **85**: 28.

Maseland, Robbert (2012) Does Germany have an East-West Problem? Regional Growth Patterns in Germany since Reunification. Regional Studies 1-15 DOI: 10.1080/00343404.2012.684677

Müller, Klaus (1978): "Vergleichende Raumbewertung mittels Indikatoren im Rahmen der EG-Regionalpolitik." Informationen zur Raumentwicklung **8/9**: 751-763.

- Nägele, Frank (1996): Regionale Wirtschaftspolitik im kooperativen Bundesstaat - ein Politikfeld im Prozeß der deutschen Vereinigung. Leske und Budrich, Opladen.
- Neumann, Hannelore/Vesper, Joachim (1983): Berücksichtigung strukturschwacher Verdichtungsgebiete in der regionalen Wirtschaftsförderung. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Paas, Tiiu/Schlitte, Friso (2006): "Regional Income Inequality and Convergence Processes in the EU-25." HWWA Discussion Paper (355): 28.
- Pflüger, Michael/Südekum, Jens (2005): "Die Neue Ökonomische Geographie und Effizienzgründe für Regionalpolitik." Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 1 (Europäische Regionalpolitik): 26-46.
- Schwengler, Barbara/Haag, Günter/Binder, Jan (2006): Neuabgrenzung des deutschen Regionalfördergebiets 2007 bis 2013. IAB-Gutachten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg: 136.
- Stahl, Klaus (1986): "Der Einfluß der Europäischen Gemeinschaft auf die Ausgestaltung der regionalen Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland." Informationen zur Raumentwicklung 9/10 (Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik?): 797-802.
- Südekum, Jens (2002): "Wie sinnvoll ist die Regionalpolitik der Europäischen Union?" Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 2: 121-141.
- Tetsch, Friedemann (1999): "Zum Verhältnis zwischen EU-Regionalpolitik und nationaler Regionalförderung im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA)." WSI Mitteilungen 6 (Die Reform der Europäischen Strukturfonds): 371-379.
- Tetsch, Friedemann (2002): "Zum Verhältnis zwischen EU-Regionalpolitik und nationaler Regionalförderung." Raumforschung und Raumordnung 3-4: 195-208.
- Tetsch, Friedemann/Benterbusch, Ulrich/Letixerant, Peter (1996): Die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Dr. Otto Schmidt Verlag, Köln.
- Tetsch, Friedemann/Schütte, Gerlind/Sinz, Manfred/Hillesheim, Dieter (1988): Neuabgrenzung des Fördergebiets für die regionale Wirtschaftspolitik 1986. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumentwicklung, Bonn.
- Weise, Christian (2005): "Grundlagen der EU-Regionalpolitik und Ansätze zu ihrer Weiterentwicklung." Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 1 (Europäische Regionalpolitik): 74-90.
- Wishlade, Fiona G. (2008): "Competition and Cohesion - Coherence or Conflict? European Union Regional State Aid Reform Post-2006." Regional Studies 42 (5): 753-765.
- Wishlade, Fiona G. (2013): Non-paper - Non-Starter or Non-Negotiable? EU Competition Policy and Regional Aid Control Post 2013. European Policy Research Papers. European Policies Research Centre, University of Stathclyde, Glasgow. **12/5**: 44.
- Zarth, Michael (1991): "Neuordnung der Regionalförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"." Informationen zur Raumentwicklung 9/10 (Regionale Wirtschaftspolitik unter veränderten Rahmenbedingungen): 539-556.

In dieser Reihe sind zuletzt erschienen

Nr.	Autor(en)	Titel	Datum
3/2013	Zabel, C.	Effects of participating in skill training and workfare on employment entries for lone mothers receiving means-tested benefits in Germany	4/13
4/2013	Stephani, J.	Does it matter where you work? Employer characteristics and the wage growth of low-wage workers and higher-wage workers	5/13
5/2013	Moczall, A.	Subsidies for substitutes? New evidence on deadweight loss and substitution effects of a wage subsidy for hard-to-place job-seekers	5/13
6/2013	Schmillen, A. Umkehrer, M.	The scars of youth: Effects of early-career unemployment on future unemployment experiences	5/13
7/2013	Mönnig, A. Zika, G. Maier, T.	Trade and qualification: Linking qualification needs to Germany's export flows	6/13
8/2013	Alm, B. Engel, D. Weyh, A.	Einkommenseffekte von Betriebswechslern: Neue Befunde für Ostdeutschland	6/13
9/2013	Pauser, J.	Capital mobility, imperfect labour markets, and the provision of public goods	8/13
10/2013	Bauer, A.	Mismatch unemployment: Evidence from Germany 2000-2010	8/13
11/2013	Werner, D.	New insights into the development of regional unemployment disparities	8/13
12/2013	Eggs, J.	Unemployment benefit II, unemployment and health	9/13
13/2013	Vallizadeh, E. Muysken, J. Ziesemer, Th.	Migration, unemployment, and skill downgrading: A specific-factors approach	9/13
14/2013	Weber, E. Zika, G.	Labour market forecasting: Is disaggregation useful?	9/13
15/2013	Brenzels, H. Gartner, H. Schnabel, C.	Wage posting or wage bargaining? Evidence from the employers' side	9/13
16/2013	Dengler, K.	The effectiveness of sequences of One-Euro Jobs	10/13
17/2013	Hutter, C. Weber, E.	Constructing a new leading indicator for unemployment from a survey among German employment agencies	10/13

Stand: 28.10.2013

Eine vollständige Liste aller erschienenen IAB-Discussion Paper finden Sie unter <http://www.iab.de/de/publikationen/discussionpaper.aspx>

Impressum

IAB-Discussion Paper 18/2013

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
Regensburger Str. 104
90478 Nürnberg

Redaktion

Regina Stoll, Jutta Palm-Nowak

Technische Herstellung

Jutta Palm-Nowak

Rechte

Nachdruck – auch auszugsweise –
nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Website

<http://www.iab.de>

Bezugsmöglichkeit

<http://doku.iab.de/discussionpapers/2013/dp1813.pdf>

ISSN 2195-2663

Rückfragen zum Inhalt an:

Barbara Schwengler

Telefon 0911.179 3029

E-Mail barbara.schwengler@iab.de